

Kantonsgericht
Verwaltungsgericht

kantons**schwyz** 

Rechenschaftsberichte 2004

Inhaltsverzeichnis

Rechenschaftsbericht des Kantonsgerichts **3–57**

Strafrechtspflege	3
Zivilrechtspflege	19
Schuldbetreibung und Konkurs	21
Notariate und Grundbuchämter	29
Bezirksgerichte	32
Kantonsgericht	44
Anwaltskommission	56
Eidgenössische Rechtsmittelverfahren	57

Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts **58–67**

Rechenschaftsbericht des Kantonsgerichts

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Namens des Kantonsgerichts erstatten wir Ihnen gemäss § 62 der Gerichtsordnung Bericht über die Geschäftstätigkeit im Jahr 2004.

Schwyz, im April 2005

Der Präsident des Kantonsgerichts
Dr. Martin Ziegler

Strafrechtspflege

Bezirksämter

«Verbrechen und Vergehen

Es sind 4 316 Neueingänge zu verzeichnen (im Vorjahr 4 403).

In den Bezirken Schwyz (+123) und Küssnacht (+ 14) sind gegenüber dem Vorjahr mehr neue Fälle eingegangen; in den Bezirken Höfe (-173), Einsiedeln (-25), Gersau (-15) und March (-11) dagegen ist die Zahl der Neueingänge rückläufig.

Fälle mit unbekannter Täterschaft sind gegenüber dem Vorjahr 222 Fälle weniger zu verzeichnen.

Im Jahr 2004 konnten 683 (790) Fälle mittels Strafbefehl erledigt werden.

In 81 (93) Fällen haben die Untersuchungsrichter Anklage erhoben, wovon auf den Bezirk March 26 (16), Höfe 22 (12), Küssnacht 17 (9), Schwyz 16 (53), Gersau 0 (3) und Einsiedeln 0 (0) fallen.

Per Ende 2004 sind bei den Bezirksämtern 991 (804) Fälle pendent. Ein erheblicher Anstieg der Pendenzen ist beim Bezirksamt Schwyz von 266 auf 490 zu verzeichnen. Bei den anderen Bezirksämtern bewegen sich diese im Rahmen des Vorjahres oder sind zurückgegangen. In Schwyz ist der Anstieg auf personelle Gründe der Untersuchungsrichter (Krankheit), übermässige Zunahme der Eingänge und speziell aufwändige Fälle wie Grossschlägereien und vermehrte Gerichtsvorstände zurückzuführen. Der Bezirksrat Schwyz hat das Vollzugsproblem erkannt und bereits eine weitere a.o. Untersuchungsrichterin in Teilzeit engagiert.

Übertretungen

Die Übertretungstatbestände haben im Jahr 2004 abgenommen. So waren im Berichtsjahr 4 816 (5 067) Strafverfügungen auszufällen.

In 254 (275) Fällen wurde Einsprache erhoben. 66 (84) Strafverfügungen waren aufzuheben und 35 (38) Fälle dem Einzelrichter zu überweisen. Per Ende 2004 sind 126 (104) Einsprachen gegen Strafverfügungen pendent. Die ausgesprochene Gesamtbussensumme hat sich von Fr. 880 359.00 auf Fr. 901 620.00 erhöht. In den einzelnen Bezirken sieht die Differenzierung folgendermassen aus: Schwyz +Fr. 28 555.00, Gersau +Fr. 2 020.00, March –Fr. 4 493.00, Einsiedeln –Fr. 11 930.00, Küssnacht –Fr. 4 160.00, Höfe +Fr. 11 269.00.

Die Zahl der ausgesprochenen Hafttage ist rückläufig. Sie nahmen um 47 auf 279 ab. Die Schwankungen zeigen folgendes Bild: Küssnacht –63, Höfe –20, Einsiedeln +9, March +44, Schwyz –17. In Gersau wurde, wie bereits in den beiden Vorjahren, keine Haftstrafe verfügt.

Personelles

Für Küssnacht und Schwyz wurde mit lic. iur. Beatrice Kolvodouris eine weitere Teilzeit-Untersuchungsrichterin angestellt.»

Bezirksämter

Geschäftsübersicht Verbrechen und Vergehen

<i>Verfahren</i>	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erledigt</i>	<i>Pendent</i>
Schwyz	266	1 587	1 853	1 363	490
Gersau	17	33	50	31	19
March	192	991	1 183	997	186
Einsiedeln	65	307	372	321	51
Küssnacht	98	460	558	470	88
Höfe	166	938	1 104	947	157
Total	804	4 316	5 120	4 129	991

Tabella 1.01

Erledigungsarten

	<i>Nichteröffnung</i>	<i>Sistiert oder eingestellt</i>		<i>Strafbefehl</i>	<i>Anklage</i>	<i>Abgetreten</i>
		<i>unbek. Täterschaft</i>	<i>Sonstige</i>			
Schwyz	97	911	104	159	16	76
Gersau	0	13	6	11	0	1
March	63	522	57	220	26	109
Einsiedeln	18	206	12	46	0	39
Küssnacht	34	259	49	69	17	42
Höfe	59	537	105	178	22	46
Total	271	2 448	333	683	81	313

Tabella 1.02

Bezirksämter

Geschäftsübersicht Übertretungen

<i>Verfahren</i>	<i>Anzahl</i>	<i>Haft, Tage</i>	<i>Bussen Fr.</i>
Schwyz	1 362	155	304 920
Gersau	34	0	12 330
March	1 176	90	210 180
Einsiedeln	568	24	63 320
Küssnacht	312	10	69 200
Höfe	1 364	0	241 670
Total	4 816	279	901 620

Tabelle 1.03

Einsprachen und Erledigungsarten

	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Strafverfügung aufgehoben</i>	<i>Weisung an Einzelrichter</i>	<i>Abtretung, Rückzug</i>	<i>Pendent</i>
Schwyz	29	67	96	19	8	32	37
Gersau	0	3	3	0	0	1	2
March	38	70	108	16	11	30	51
Einsiedeln	8	8	16	3	0	7	6
Küssnacht	12	34	46	15	1	21	9
Höfe	17	72	89	13	15	40	21
Total	104	254	358	66	35	131	126

Tabelle 1.04

Jugend-anwaltschaften

«Im *Kreis I* sind 244 (im Vorjahr 268) Neueingänge zu verzeichnen. 188 (176) Strafverfügungen wurden erlassen. Es wurden 0 (0) Anklagen beim kantonalen Jugendgericht erhoben. Per Ende 2004 sind 39 (45) Fälle pendent.

Vorsorgliche Massnahmen nach §117 StPO mussten keine (0) angeordnet werden.

11 (2) Jugendliche wurden gestützt auf § 118 StPO wegen Kollisionsgefahr in Untersuchungshaft gesetzt.

Bei 11 (6) Jugendlichen wurde die kantonale Schutzaufsicht im Sinne von § 119 StPO mit Abklärungen beauftragt.

29 (24) Jugendliche wurden zu einer Arbeitsleistung zwischen einem halben bis 3½ Tagen verpflichtet.

In 7 (9) Fällen kam es zu Einschliessungsstrafen, wobei fünf Jugendlichen der bedingte Strafvollzug gewährt wurde. Vier dieser Jugendlichen wurden während der Probezeit unter Schutzaufsicht gestellt. Bei 6 (5) Jugendlichen wurde in Anwendung von Art. 66^{bis} StGB von jeder Strafe und Massnahme abgesehen.

Aufgrund von Vermittlungsinterventionen der Jugendanwaltschaft konnten einige Fälle eingestellt bzw. mussten nicht eröffnet werden.

Im Berichtsjahr gab es auffallend viele Anzeigen wegen Sprayereien. Ein Fall mit sechs Beteiligten umfasst insgesamt 30 Anzeigen.

Im *Kreis II* sind 76 (67) Neueingänge zu verzeichnen. 52 (50) Strafverfügungen wurden erlassen. Anklagen mussten – erstmals seit 3 Jahren – 3 erhoben werden. Per Ende Jahr ist noch 1 (2) Fall pendent.

Vorsorgliche Massnahmen i.S. von § 117 StPO ist eine (0) zu melden.

2004 waren 4 (3) Untersuchungshaftfälle nach § 118 StPO zu verzeichnen, und zwar von 5 und 7 Tagen sowie zweimal je 1 Tag.

In zwei (1) Fällen wurde das kantonale Schutzaufsichtsamt gemäss § 119 StPO beigezogen.

Gegenüber zwei (8) Jugendlichen wurde als Sanktion eine Arbeitsleistung von 1 bzw. 5 Tagen verhängt. Ein Jugendlicher wurde zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von 5 Tagen verurteilt. Gegenüber dem gleichen Jugendlichen musste der im Vorjahr für eine Einschliessungsstrafe von 3 Tagen gewährte bedingte Strafvollzug widerrufen werden. In zwei weiteren Fällen kam es zu Einschliessungsstrafen von 3 und 30 Tagen, wobei den Jugendlichen der bedingte Strafvollzug gewährt wurde.

Im *Kreis III* gingen im Berichtsjahr 224 (244) neue Fälle ein. Es wurden 159 (206) Strafverfügungen erlassen. Eine (1) Anklage war zu erheben. 33 (13) Fälle sind per Ende 2004 pendent.

Vorsorgliche Massnahme nach § 117 StPO musste eine (2) weitergeführt werden. Die Fremdplatzierung wurde vom Schutzaufsichtsamt begleitet. Der Fall wurde zur Beurteilung an das Jugendgericht des Kantons Schwyz überwiesen.

In acht (1) Fällen wurde Untersuchungshaft nach § 118 StPO eröffnet. Diese konnten jeweils im Bezirksgefängnis der March in Lachen vollzogen werden. Beim Vollzug ergaben sich nie Probleme. In einem Falle wurde die Haft stellvertretend für die Jugendanwaltschaft Kreis I eröffnet. Alle Jugendlichen konnten spätestens innert 14 Tagen wieder aus der Haft entlassen werden.

Die Zusammenarbeit mit dem Schutzaufsichtsamt wurde weiter ausgebaut. Die spezielle «Aussenstelle» in Pfäffikon, welche im Laufe des Jahres 2003 in Betrieb genommen worden ist, arbeitet mit der Jugendanwaltschaft sehr gut zusammen.»

Geschäftsübersicht

<i>Verfahren</i>	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erledigt</i>	<i>Pendent</i>
Kreis I	45	244	289	250	39
Kreis II	2	76	78	77	1
Kreis III	13	224	237	204	33
Total	60	544	604	531	73

Tabelle 1.05

Erledigungsarten

	<i>Nichteröffnung</i>	<i>Sistiert oder eingestellt</i>	<i>Strafverfügung</i>	<i>Anklage</i>	<i>Abgetreten</i>
Kreis I	3	24	188	0	35
Kreis II	2	9	52	3	11
Kreis III	9	2	159	1	33
Total	14	35	399	4	79

Tabelle 1.06

Jugendanwaltschaften

Deliktsarten

<i>Kreise</i>	<i>Verbrechen und Vergehen</i>			<i>Übertretungen</i>		
	<i>I</i>	<i>II</i>	<i>III</i>	<i>I</i>	<i>II</i>	<i>III</i>
StGB						
gegen Leib und Leben	18	4	19	11	1	2
strafbare Handlungen gegen das Vermögen	64	68	26	46	5	17
strafbare Handlungen gegen die Ehre und den Geheim- und Privatbereich	3	21				
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	19		2			
strafbare Handlungen gegen die Sittlichkeit				1		
Verbrechen und Vergehen gegen die Familie						
Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen						
Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Gesundheit						
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Verkehr						
Fälschung von Geld, amtl. Wertzeichen, amtlichen Zeichen, Mass und Gewicht						
Urkundenfälschung	1					
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Frieden						
strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt	1					1
Verbrechen und Vergehen gegen die Rechtspflege	2					
Betäubungsmittelgesetzgebung	2		1	29	12	15
Strassenverkehrsgesetzgebung	6	10	5	78	57	67
Übrige	17			21	33	27
Total	133	103	53	186	108	129

Tabelle 1.07

Anteil nach Geschlecht: männlich (91%), weiblich (9%)

Durchschnittsalter: 16½ Jahre

Untersuchungsbeamte in Kinderstrafsachen

«Die Staatsanwaltschaft versucht vor allem mit mündlichen Beratungen den Untersuchungsbeamten bei auftretenden Schwierigkeiten beizustehen. Dabei ist vor allem wichtig, dass die Kontaktnahme vor Entscheiderlass erfolgt, da hernach nur noch mittels Beschwerde interveniert werden kann.

Die heutige Regelung zieht sich leider ein weiteres Jahr dahin. Die Inkraftsetzung des neuen Jugendstrafrechts wurde vom eidg. Justizdepartement um ein weiteres Jahr auf frühestens 2007 verschoben.»

Geschäftsübersicht (mit Vorjahr)

	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erledigt</i>	<i>Pendent</i>
	64	172	236	187	49
	(13)	(169)	(182)	(118)	(64)

Tabelle 1.08

Verhöramt

«Geschäftslast

Insgesamt sind beim Verhöramt 673 Fälle eingegangen. Die Anzahl hat sich damit um 130 reduziert, was hauptsächlich auf einen beachtlichen Rückgang querulatorischer Strafanzeigen zurückzuführen ist. Die Anzahl Erledigungen belief sich auf 638. Am Jahresende waren 244 Strafuntersuchungen pendent.

Das Berichtsjahr 2004 war beim Verhöramt beeinflusst von mehreren sehr aufwändigen Fällen. In der allgemeinen Abteilung mussten die zuständigen Untersuchungsrichter zur Bearbeitung von zwei Tötungsdelikten insgesamt rund 750 Stunden aufwenden. In der Wirtschaftsabteilung waren Verfahren betreffend Anlagebetrug mit ausgesprochen grosser zeitlicher Beanspruchung zu verzeichnen. Der Zeitaufwand in den beiden grössten Fällen betrug 860 und 650 Stunden. Kleinere Fälle mussten deshalb zurückgestellt werden. 17 Strafverfahren, welche älter sind als zwei Jahre, waren am Jahresende noch pendent. Im ältesten Fall aus dem Jahre 1998 verfügte der Untersuchungsrichter im August 2004 den vorläufigen Abschluss der Untersuchung. Die anschliessende Aktenaufgabe bei den Parteien konnte wegen mehrerer Fristerstreckungen noch nicht beendet werden.

Personelles und Organisation

Lic. iur. Alexandra Haag hat das Verhöramt Ende 2004 verlassen, um als selbstständige Rechtsanwältin tätig zu sein. Sie hat im Dienst des Kantons während 7½ Jahren mit grossem Einsatz als Untersuchungsrichterin gewirkt. Als Nachfolgerin wählte der Regierungsrat Rechtsanwältin lic.iur. Yvonne Liechti, Baar, welche bereits am 1. Oktober 2004 die Arbeit als Untersuchungsrichterin aufnahm, um eine urlaubsbedingte Vakanz abzudecken.

Untersuchungsrichter lic.iur. Frédéric Störi schloss im November das Nachdiplomstudium zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität erfolgreich ab. Der dritte Untersuchungsrichter für Wirtschaftsdelikte absolviert zurzeit dieses Studium.

Abteilung für Wirtschaftsdelikte

Die drei Untersuchungsrichter für Wirtschaftsdelikte haben im Berichtsjahr insgesamt 73 Untersuchungen abgeschlossen (Vorjahr 70). Drei grosse Fälle von mutmasslichem Anlagebetrug mit zusammen mehr als 2000 Geschädigten und einer Deliktssumme von über Fr. 100 Mio. führten zu einer starken Belastung. Auf der Suche nach Möglichkeiten, den Bearbeitungsaufwand in solchen Fällen

reduzieren zu können, wurde erstmals die elektronische Verarbeitung von Akten (Einscannen/Texterkennung) erprobt, wie dies im Kanton Zürich zum Beispiel im Fall Swissair gemacht wurde. Der Testlauf im kleinen Rahmen ergab, dass in grossen Verfahren ein Effizienzgewinn möglich ist, dabei jedoch erhebliche direkte Kosten anfallen. Bereits zum dritten Mal beteiligte sich die Abteilung für Wirtschaftsdelikte an einem Benchmarkingprojekt, bei welchem sieben Kantone der deutschsprachigen Schweiz die Leistungen ihrer Abteilungen für Wirtschaftsdelikte vergleichen. Die für den Kanton Schwyz erfreulichen Resultate der Vorjahre wurden dabei bestätigt. Auch für dieses Berichtsjahr ist schliesslich die gute und weitgehend schnittstellenfreie Zusammenarbeit mit dem Dienst Wirtschaftsdelikte der Kantonspolizei hervorzuheben.

Sexualdelikte an Kindern

Im Berichtsjahr hat das Verhöramt 30 Strafverfahren wegen sexueller Handlungen mit Kindern eröffnet, was im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg von 11 entspricht. Als Opfer betroffen waren insgesamt 36 Kinder.

Aussergewöhnliche Todesfälle

Die Untersuchungsrichter der allgemeinen Abteilung sind im Pikettdienst an insgesamt 66 Todesfälle ausgerückt, deren Ursache unklar war (Vorjahr 59). Unter Beizug der Bezirksärzte wurde regelmässig eine Legalinspektion im Sinne von § 44 StPO durchgeführt. In 16 Fällen hat der Untersuchungsrichter zusätzlich eine Obduktion im Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich angeordnet. Im Zusammenhang mit den Todesfällen wurden drei Strafuntersuchungen eröffnet.

Haftfälle

Im Berichtsjahr nahmen die kantonalen Untersuchungsrichter 98 (Vorjahr 93) Angeschuldigte in Untersuchungshaft. Für 43 Gefangene dauerte die Haft weniger als 5 Tage, für 15 Gefangene 5 bis 10 Tage und für 40 Gefangene mehr als 10 Tage.

Rechtshilfe

In 3 Fällen gewährte das Verhöramt interkantonale Rechtshilfe. Als zuständige Behörde gemäss Art. 24 des Konkordates über die Rechtshilfe und die interkantonale Zusammenarbeit in Strafsachen erteilte das Verhöramt in 74 Fällen ausserkantonalen Untersuchungsbehörden die Zustimmung zur Inanspruchnahme der Kantonspolizei Schwyz. In 15 ausländischen Strafverfahren war internationale Rechtshilfe zu leisten.»

Verhöramt

Geschäftsübersicht

Vorjahreseingänge	Alte	Neue	Erledigt		Pendent	
			Total	davon WA	Total	davon WA
1998: 683	1		0	0	1	0
1999: 669	1		1	0	0	0
2000: 589	1		0	0	1	0
2001: 633	11		6	2	5	3
2002: 858	40		30	8	10	6
2003: 803	155		115	24	40	14
2004:	0	673	486	39	187	36
Total	209	673	638	73	244	59

Tabelle 1.09

Die Untersuchungsdossiers umfassen häufig mehrere Verfahrensnummern; nach Dossiers wurden aus dem Vorjahr 148 Verfahren übernommen, 466 gingen neu ein und 458 wurden erledigt, womit 156 Dossiers Ende 2004 pendent waren.

Erledigungsarten

	Total
Alte Fälle	209
Neueingänge	673
Erledigt durch:	
Nichteröffnung	164
Vereinigung	74
Einstellung	61
Sistierung	179
Abtretung	59
Weisung zur Anklage	71
Strafbefehl	30
Pendent	244*

*davon 15 gegen unbekannte Täterschaft und 4 bei a.o. Untersuchungsrichter

Tabelle 1.10

Verfahrensdauer

Monate	0-3	4-6	7-12	13-24	>24	Total
Anzahl Erledigungen	365	102	98	55	18	638

Tabelle 1.11

Staatsanwaltschaft

«Beschwerden und Gesuche

Gegenüber dem Vorjahr ist eine erneute massive Zunahme der Neueingänge der Beschwerden/Gesuche von 69 auf 88 festzustellen. Dies führte zu einer Zunahme der Pendenzen von 20 auf 27.

Beschwerden und Gesuche

		<i>Total</i>
Alte Fälle	20	
Neueingänge	88	108
<i>Erledigt durch:</i>		
Gutheissung	13	
Teilgutheissung	5	
Abweisung	30	
Gegenstandslosigkeit	11	
Nichteintreten	22	81
Pendent		27

Tabelle 1.12

Die im Berichtsjahr eingegangenen Beschwerden/Gesuche von total 88 betrafen: Nichteröffnung von Strafuntersuchungen (17), Einstellung von Strafuntersuchungen (15), Durchsuchung/Beschlagnahme (16), Abtretung (5), Ausstand (4), Kontensperre (4), amtliche Verteidigung (3), Ersatzmassnahme (3), Untersuchungsführung (3), fehlendes Anfechtungsobjekt (3), amtliche Beschlaglegung (2), Vorführungsbefehl (1), Anklageschrift (1), Haftentlassung (1), Aktenaufgabe (1), nicht gewähren Fristerstreckung (1), Gutachten (1), Fristwahrung (1), Aufhebung Kontaktsperre (1), Beizug Übersetzer (1), Kostenüberbindung (1), Akteneinsicht (1), unentgeltliche Rechtspflege (1) und Rechtsverzögerung (1).

Anklagen

Im Jahr 2004 wurden beim kantonalen Strafgericht 80 (im Vorjahr 51) Anklagen erhoben.

3 (2) weitere Fälle wurden bei den Bezirksgerichten angeklagt und vor Schranken vertreten.

Einstellungen

6 (19) vom Kantonsverhöramt überwiesene Prozeduren konnten eingestellt werden.

Rechtshilfe

In 35 (28) Fällen wurde die Staatsanwaltschaft von ausländischen Strafverfolgungsbehörden um Rechtshilfe angegangen.

Verfahrensdauer

Verfahren mit einer Dauer von über zwei Jahren sind keine pendent.

Aufsicht

Während des Berichtsjahres visitierte die Staatsanwaltschaft die Bezirksamter, die Jugendanwaltschaften sowie das Verhöramt ein- oder teilweise mehrmals. Problematische Fälle wurden mit den UR erörtert und vor allem die Verfahrensdauer unter Berücksichtigung des Beschleunigungsgebotes geprüft. Bei wesentlichen Verzögerungen wurden für die Erledigung Termine gesetzt. Ein spezielles Augenmerk galt den wenigen über zweijährigen Prozeduren.

Die Tätigkeit der unterstellten Ämter gab bei 38 (36) Strafbefehlen Anlass zum Einschreiten; gegen 32 (9) Strafverfügungen hat die Staatsanwaltschaft Einsprache erhoben; 6 (7) Einstellungsverfügungen wurden aufgehoben. 18 (11) Anklageschriften der Bezirksamter berichtigte die Staatsanwaltschaft. 6 (15) Mal hat sich die Staatsanwaltschaft schriftlich zu materiellen und formellen Rechtsfragen geäußert. Zahlreicher wurden telefonische Rücksprachen der Ämter mit der Staatsanwaltschaft. Die stetige Zunahme der Untersuchungsrichter wirkt sich spürbar aus.

Die Änderung der SVG-Vorschriften gab Anlass zur Abgabe einer neuen Weisung hinsichtlich Strafen im Bereich von 0,5–0,8 Promillen und des Vorgehens der Polizei bei Durchführung einer Blut- oder Drogenprobe.

Personelles

Im Oktober 2004 hat lic. iur. Inez Frischknecht die Arbeit als juristische Sachbearbeiterin mit einem Pensum von 50% aufgenommen.

Eine Praktikantin absolvierte ein viermonatiges Anwaltspraktikum.»

Bezirksgerichte in Strafsachen siehe Berichte und Tabellen auf Seiten 32ff.

Kantonales Straf- und Jugendgericht

«Personell ergaben sich im Berichtsjahr folgende Bewegungen: Das Pensum der Gerichtsschreiberin lic. iur. Patricia Thurner wurde per 1. Februar von 50% auf 80% und per 1. Juli auf 100% angehoben. Zur Bearbeitung einzelner Fälle wurde in den Monaten Januar und Februar lic.iur. Urban Baumann als ausserordentlicher Gerichtsschreiber eingesetzt. Insgesamt betrug damit das Gerichtsschreiberpensum am Strafgericht in der ersten Jahreshälfte gut 136% und in der zweiten Jahreshälfte 150%, während es sich im Vorjahr noch auf 115% belief.

Eine Praktikantin und ein Praktikant absolvierten ein je halbjähriges Anwaltspraktikum.

Strafgericht

Während schon im Vorjahr eine erhebliche Mehrbelastung des Strafgerichtes zu verzeichnen war, steigerte sich diese im Berichtsjahr noch einmal massiv. Damit werden die Auswirkungen des Ausbaus des Verhörarnes, teils im Hinblick auf die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, teils im Bereich der Straftaten gegen Kinder (Videobefragungen usw.) deutlich spürbar. Als Folge hat sich vor allem der durchschnittliche Aufwand pro Fall drastisch erhöht, vor allem in zeitraubenden Verfahren mit Delikten wirtschaftlichen Charakters und umfangreichen Dossiers. Auch in den abstrakten Zahlen der Geschäfte ist eine Erhöhung sichtbar. Schon im Vorjahr waren mit 52 Neueingängen mehr als das Doppelte als im Jahr 2002 zu verzeichnen, und im Berichtsjahr waren es 85 (2000: 25; 2001: 38; 2002: 24; 2003: 52), wovon 80 neue Anklagen. 56 Fälle wurden erledigt (2000: 35; 2001: 37; 2002: 27; 2003: 39). Die Zahl penderter Fälle stieg auf 59 an (2000: 19; 2001: 20; 2002: 17; 2003: 30). Dennoch waren von den 59 Pendenzen lediglich zwei Fälle aus dem Vorjahr anhängig. Alle übrigen Geschäfte wurden im laufenden Jahr erledigt. Einer dieser zwei Fälle wurde bereits beurteilt, und das Urteil wird Anfang 2005 versandt. Im zweiten Fall musste der Prozess vertagt werden, und ein psychiatrisches Gutachten wurde in Auftrag gegeben. Von den 56 Entscheiden wurden 33 begründet. Damit stieg der Anteil zu begründender Entscheide leicht auf 58.9% (2000: 54.3%; 2001: 62.2%; 2002: 59.3%; 2003: 53.9%). Im Berichtsjahr wurden gegen Entscheide des Strafgerichts wieder etwas mehr Rechtsmittel ergriffen. 18 Entscheide (wovon 17 im Berichtsjahr) wurden mit Berufung und 3 mit Beschwerde an das Kantonsgericht angefochten, somit 33.9% der Fälle (2000: 34.3%; 2001: 40.5%; 2002: 40.7%; 2003: 23.1%).

Die starke Erhöhung der Pendenzenzahl, welche aus der massiven Steigerung der gesamten Geschäftslast resultierte, begründet einen dringenden Handlungsbedarf in personeller und organisatorischer Hinsicht. Entsprechende Massnahmen sind in Vorbereitung.

Beim Präsidenten des Strafgerichtes als Einzelrichter ging im Berichtsjahr kein Fall ein (2000: 0; 2001: 1; 2002: 1). Der zu Jahresbeginn hängige Fall wurde erledigt.

2004 wurden 23 Rechtshilfeersuchen ausländischer Gerichte gestellt, damit wurde das hohe Niveau des Vorjahres nicht ganz erreicht (2000: 18; 2001: 12; 2002: 15; 2003: 27). 26 Gesuche inklusive drei vorjährige wurden erledigt, und 1 Ersuchen ist pendent.

Jugendgericht

Der Aufwand des Jugendgerichtes und dessen Präsidenten als Einzelrichter fällt wie gewohnt kaum ins Gewicht. Im laufenden Jahr gingen 4 Geschäfte ein (2000: 3; 2001: 0; 2002: 0; 2003: 2), von denen 2 erledigt wurden, während 2 noch nicht behandelt sind.»

Geschäftsübersicht

<i>Verfahren</i>	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erledigt</i>	<i>Pendent</i>
Strafgericht	30	85	115	56	59
Einzelrichter	1	0	1	1	0
Jugendgericht (inkl. Einzelrichter)	0	4	4	2	2
Total	31	89	120	59	61
Rechtshilfe	4	23	27	26	1

Tabelle 1.13

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0-3</i>	<i>4-6</i>	<i>7-12</i>	<i>>12</i>	<i>Total</i>
Strafgericht	2	10	35	9	56
Einzelrichter	1	0	0	0	1
Jugendgericht	0	2	0	0	2
Total	3	12	35	9	59

Tabelle 1.14

Erledigungsart, Sanktionen und Tätergruppen

	Total	Nationalität		Geschlecht		Altersgruppen		
		CH	Ausl.	männl.	weibl.	18-30	30-40	über 40
Freiheitsstrafen								
über 10 Jahre								
5 bis 10 Jahre	2		2	2		2		
1 bis 5 Jahre	16	8	8	16		4	3	9
6 bis 12 Monate	13	4	9	12	1	10	2	1
unter 6 Monate	14	5	9	10	4	6	3	5
Einstellungen	2	1	1	1	1			2
andere Erledigung	2	1	1	1	1	1		1
Totalfreispruch	4	4		3	1		2	2
Beschlüsse	3	1	2	3		2		1
Urteile und Beschlüsse total	56	24	32	48	8	25	10	21

davon:

Verwahrung auf unbest. Zeit								
Massnahme/Strafaufschub	1	1			1			1
bedingter Vollzug	29	12	17	25	4	13	6	10
unbedingter Vollzug	16	5	11	15	1	9	2	5
bedingter Landesverweis	8		8	8		7	1	
unbedingter Landesverweis	9		9	9		7	1	1

Tabelle 1.15

Vermittlerämter

Bei den Vermittlerämtern aller Gemeinden gingen 1 066 (im Vorjahr 999) Klagen ein. Von den 1 017 erledigten Sühneverfahren wurden 101 (53) durch den Vermittler entschieden, 133 (120) Klagen zurückgezogen und 307 (291) Verfahren vermittelt. 476, d. h. 47% der Verfahren wurden an die Gerichte gewiesen (sog. Weisungsquote, im Vorjahr 553).

Diesem positiven Ergebnis laufen Bestrebungen auf eidgenössischer Ebene diametral zuwider, die Institution den Gerichten vorgeschalteter Schlichtungsstellen in einer künftigen vereinheitlichten Zivilprozessordnung weitgehend aufzuheben (vgl. Art. 192 f. VE ZPO Juni 2003). Der Kantonsgerichtspräsident hat das Bundesamt für Justiz mit Schreiben vom 22. Februar 2005 auf die fatalen Folgen einer solchen Legiferierung nochmals hingewiesen.

Die im Vorjahr gegründete Vereinigung der Vermittler des Kantons Schwyz befasste sich unter dem Vorsitz von Daniel von Burg, Einsiedeln, aktiv mit den Belangen der Vermittlerämter, insbesondere mit Aus- und Weiterbildungsfragen (Tabelle 2.01 auf der nächsten Seite)

Schlichtungsbehörden im Mietwesen

Gemäss Berichterstattung des Volkswirtschaftsdepartements an den Bund im Sinne von Art. 23 Abs. 1 VMWG verzeichneten die sechs Schlichtungsbehörden im Jahre 2004 bei 72 Verfahren aus dem Vorjahr 299 Neueingänge (Total somit 371), wovon 307 erledigt werden konnten; die Einigungsquote betrug in der ersten Jahreshälfte 64.9% und in der zweiten Jahreshälfte 54.4%.

Bezirksgerichte in Zivilsachen siehe Berichte und Tabellen auf Seiten 32ff.

Vermittlerämter

	Pendenzen Vorjahr	Klageeingänge Berichtsjahr	Total	entschieden	zurückgezogen	vermittelt	Weisung an			Pendent
							Bezirksgericht	Einzelrichter	Kantonsgericht	
Schwyz	5	63	68	2	8	28	16	10	0	4
Arth	2	60	62	12	3	17	11	13	0	6
Ingenbohl	4	54	58	5	9	16	10	10	0	8
Muotathal	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0
Steinen	0	6	6	0	2	1	3	0	0	0
Sattel	0	7	7	0	0	0	2	2	0	3
Rothenthurm	1	11	12	3	2	0	5	1	0	1
Oberiberg	1	8	9	0	1	3	1	2	0	2
Unteriiberg	1	8	9	2	1	1	4	1	0	0
Lauerz	0	4	4	0	2	1	0	0	0	1
Steinerberg	0	4	4	0	0	1	0	3	0	0
Morschach	0	7	7	1	0	5	0	1	0	0
Alpthal	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Illgau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Riemenstalden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gersau	0	22	22	0	5	3	8	5	0	1
Lachen	0	62	62	3	11	17	12	15	0	4
Altendorf	0	53	53	4	3	8	22	13	0	3
Galgenen	2	42	44	3	4	17	7	9	0	4
Vorderthal	0	3	3	1	0	1	1	0	0	0
Innerthal	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schübelbach	2	52	54	8	7	18	7	11	0	3
Tuggen	0	17	17	0	2	8	0	7	0	0
Wangen	0	28	28	1	6	7	6	6	0	2
Reichenburg	0	24	24	2	0	15	2	5	0	0
Einsiedeln	12	52	64	1	2	28	11	12	0	10
Küssnacht	2	106	108	10	13	30	24	19	0	12
Wollerau	1	91	92	0	10	28	34	18	0	2
Freienbach	8	237	245	38	38	46	59	46	0	18
Feusisberg	1	44	45	5	4	7	15	7	0	7
Total:	42	1'066	1'108	101	133	307	260	216	0	91

Tabelle 2.01

Betreibungs- und Konkursämter

Gemäss Tabelle 3.01 sind im Berichtsjahr insgesamt 30 029 (im Vorjahr 26 344) Betreibungsbegehren gestellt worden, 18 887 (16 406) Fortsetzungsbegehren und 1 330 (1 266) Verwertungsbegehren. Es wurden 12 990 (11 797) Pfändungen vollzogen, 1 261 (1 149) Konkursandrohungen erlassen, 36 (25) Arresturkunden, 35 (49) Retentionsurkunden, 3 (0) Wechselproteste ausgestellt und 108 (138) Eigentumsvorbehalte eingetragen. Über die Ämter sind 37,056 Mio. Franken (45,878 Mio.) getilgt worden. Andererseits mussten 9 284 (9 151) Pfandausfall- und Verlustscheine über total 36,673 Mio. Franken (38,486 Mio.) ausgestellt werden.

Viehverschiebungen: Keine (wie im Vorjahr).

Schuldbetreibung und Konkurs

Betreibungsämter

Betreibungskreise	Wohnbevölkerung nach der Volkszählung 2000	Eingegangene Betreibungsbegehren	Ausgestellte Zahlungsbefehle						Fortsetzungsbegehren		
			Pfändung	Konkurs	Faustpfänder	Grundpfänder	Wechselbetreibung	Total	Pfändung	Konkurs	Total
Schwyz	13'802	2'115	1'963	152	0	0	0	2'115	1'209	48	1'257
Arth	9'593	2'291	1'981	310	0	0	0	2'291	1'438	126	1'564
Ingenbohl Riemenstalden	7'482 59	1'597	1'452	141	1	3	0	1'597	997	75	1'072
Muotathal	3'507	393	272	119	0	2	0	393	210	34	244
Steinen	2'775	360	345	15	0	0	0	360	197	2	199
Sattel	1'402	287	261	26	0	0	0	287	134	13	147
Rothenthurm	2'089	493	453	40	0	0	0	493	281	9	290
Oberiberg	718	157	150	4	1	2	0	157	72	4	76
Unterbiberg	2'220	514	507	5	0	2	0	514	294	5	299
Lauerz	874	187	163	24	0	0	0	187	97	19	116
Steinerberg	896	174	174	0	0	0	0	174	91	2	93
Morschach	958	185	175	9	0	1	0	185	104	1	105
Alpthal	445	68	68	0	0	0	0	68	48	0	48
Illgau	721	69	64	5	0	0	0	69	38	0	38
Gersau	1'934	420	388	29	0	3	0	420	233	3	236
Lachen	6'272	1'853	1'748	96	8	1	0	1'853	1'129	47	1'176
Altendorf	4'638	1'243	1'175	65	2	1	0	1'243	630	31	661
Galgenen	3'927	1'086	1'029	37	11	9	0	1'086	689	37	726
Vorderthal	988	320	250	29	12	29	0	320	209	29	238
Innerthal	167	32	31	0	1	0	0	32	16	0	16
Schübelbach	7'030	2'778	2'579	193	0	6	0	2'778	1'965	96	2'061
Tuggen	2'646	469	458	7	0	4	0	469	256	7	263
Wangen	4'540	980	927	51	2	0	0	980	572	51	623
Reichenburg	2'787	910	812	95	0	3	0	910	538	68	606
Einsiedeln	12'622	2'569	2'353	211	3	2	0	2'569	1'697	90	1'787
Küssnacht	10'704	2'317	2'023	290	3	1	0	2'317	1'483	127	1'610
Höfe	22'908	6'162	5'281	856	19	5	1	6'162	2'959	377	3'336
Total	128'704	30'029	27'082	2'809	63	74	1	30'029	17'586	1'301	18'887

Tabelle 3.01

Schuldbetreibung und Konkurs

Pfändung			Verwertungsbegehren					Steigerung			
von Liegenschaften oder Pertinenzen	für gewöhnliche Betreibung	T o t a l	für gewöhnliche Betreibung	von Faustpfändern	von Grundpfändern Liegenschaften	von Grundpfändern Pertinenzen	T o t a l	Autschubsbewilligungen	Betreibung auf Pfändung	Betreibung auf Planoverwertung	T o t a l
25	981	1'006	59	0	12	0	71	26	0	1	1
2	729	731	17	0	0	0	17	6	0	0	0
6	861	867	39	0	8	0	47	29	0	1	1
1	123	124	29	0	0	0	29	14	0	0	0
23	145	168	11	0	4	0	15	3	0	0	0
0	120	120	0	0	1	0	1	1	0	0	0
17	239	256	3	0	8	0	11	7	0	0	0
2	40	42	0	0	2	0	2	1	0	1	1
2	151	153	8	0	2	0	10	2	0	0	0
26	65	91	0	0	20	0	20	14	0	0	0
0	33	33	2	0	0	0	2	0	0	0	0
1	94	95	0	0	1	0	1	0	0	1	1
0	41	41	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1	208	209	7	0	0	0	7	6	0	0	0
4	782	786	104	2	1	0	107	17	2	3	5
6	589	595	58	1	5	0	64	55	1	1	2
39	381	420	3	11	9	0	23	8	0	2	2
36	60	96	1	12	29	0	42	31	0	0	0
0	11	11	0	1	0	0	1	0	0	0	0
2	1'681	1'683	171	0	0	0	171	11	0	0	0
7	162	169	1	0	4	0	5	0	0	0	0
1	359	360	3	30	3	0	36	33	2	2	4
1	411	412	47	0	1	0	48	3	0	1	1
24	1'393	1'417	170	0	18	0	188	45	5	0	5
5	783	788	62	1	11	0	74	28	0	2	2
23	2'294	2'317	330	2	6	0	338	91	12	2	14
254	12'736	12'990	1'125	60	145	0	1'330	431	22	17	39

Schuldbetreibung und Konkurs

andere Verwertungsbegehren	Verluste					Konkursandrohungen	Arresturkunden	Retentionsurkunden	Wechselproteste	Eigentumsvorbehalte	eingebrachte Beträge in Fr.
	Pfandausfallscheine	Verlustscheine	T o t a l	Betrag in Fr.							
833	1	515	1'349	1'530	814.00	48	8	1	0	43	3'175'500.00
184	0	962	1'146	3'167	049.00	126	1	0	0	4	1'124'115.00
5	2	424	426	1'972	587.35	75	0	1	0	0	1'750'000.00
0	0	48	48	148	171.00	32	0	0	0	2	376'938.00
143	0	60	60	1'027	875.00	2	0	0	0	1	255'400.00
92	0	95	95	375	999.00	13	3	0	0	0	203'200.00
132	0	117	117	228	427.00	9	0	1	0	0	324'300.00
0	1	35	36	237	000.00	4	0	1	0	1	260'000.00
0	0	202	202	334	000.00	5	1	0	0	3	325'000.00
64	0	33	33	50	550.00	19	0	0	0	1	192'900.00
12	0	26	26	131	004.00	1	1	0	0	0	425'525.00
0	0	49	49	118	582.70	1	0	0	0	1	164'000.00
21	0	20	20	334	894.00	0	0	0	0	0	47'917.00
0	0	0	0		0.00	0	0	0	0	0	30'703.00
1	0	129	129	1'399	592.50	3	1	0	0	1	1'140'000.00
702	1	477	478	4'781	006.45	47	6	1	3	4	7'639'680.00
235	0	191	301	461	631.05	31	0	2	0	2	3'861'996.00
0	1	307	308	1'207	870.00	37	1	0	0	0	980'500.00
0	0	52	52	207	195.00	29	0	0	0	1	194'500.00
0	0	0	0		0.00	0	0	0	0	0	10'956.75
1'361	0	1'260	1'260	3'069	513.47	96	1	0	0	6	1'550'901.30
0	0	91	91	164	570.00	7	1	1	0	2	240'500.00
0	0	239	239	1'174	396.00	51	0	3	0	2	576'000.00
345	2	247	249	898	255.10	68	0	0	0	3	854'431.20
309	1	744	745	2'664	459.00	89	3	3	0	14	3'095'220.00
12	3	542	545	4'316	151.36	127	0	3	0	2	2'355'138.50
658	3	1'277	1'280	6'671	994.00	341	9	18	0	15	5'901'195.60
5'109	15	8'142	9'284	36'673	586.98	1'261	36	35	3	108	37'056'517.35

Schuldbetreibung und Konkurs

Bei den **Konkursämtern** sind im Berichtsjahr 158 (im Vorjahr 137) Konkurse neu eingegangen (Konkurskreis Schwyz 14, Goldau 17, Gersau 1, March 47, Einsiedeln 9, Küssnacht 11 und Höfe 59). 160 (146) Konkurse wurden erledigt (Schwyz 11, Goldau 18, Gersau 2, March 47, Einsiedeln 12, Küssnacht 16 und Höfe 54); die Verluste betragen insgesamt 41,081 Mio. Franken (98,949 Mio.)

Geschäftsübersicht nach Konkurskreisen

	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erledigt</i>	<i>Pendent</i>	<i>Verluste Fr.</i>
Schwyz	12	14	26	11	15	2 071 396.00
Goldau	8	17	25	18	7	5 733 000.00
Gersau	1	1	2	2	0	1 230 424.00
March	29	47	76	47	29	9 968 742.96
Einsiedeln	10	9	19	12	7	5 746 941.51
Küssnacht	12	11	23	16	7	4 751 974.00
Höfe	20	59	79	54	25	11 578 526.03
Total	92	158	250	160	90	41 081 004.50

Tabelle 3.02

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0-3</i>	<i>4-6</i>	<i>7-12</i>	<i>13-24</i>	<i>>24</i>	<i>Total</i>
Schwyz	5	0	1	3	2	10
Goldau	7	5	4	1	1	18
Gersau	1	0	0	1	0	2
March	27	4	8	1	7	47
Einsiedeln	3	4	3	0	2	12
Küssnacht	6	1	0	9	0	16
Höfe	36	8	6	3	1	54
Total	85	22	22	18	13	160

Tabelle 3.03

Betreibungs- und Konkursinspektorat

«1. Allgemeines

Im Berichtsjahr hat sich die Anzahl der Amtsstellen durch die Zusammenlegung des Betreibungsamts Altendorf mit dem Betreibungsamt Lachen auf elf reduziert. Das Konkursamt Gersau wird unverändert selbstständig, indes in Personalunion durch den Konkursverwalter des Bezirkes Küssnacht geführt.

Bedingt durch die angespannte Wirtschaftslage musste eine weitere Zunahme der ausgestellten Zahlungsbefehle wie auch der Konkursöffnungen registriert werden. Diese Veränderungen fielen regional sehr unterschiedlich aus. Die Betreibungsämter der March verzeichneten Zunahmen bis zu 20%. Bei den Konkursämtern sah sich das Konkursamt Höfe mit einer Rekordzahl von 59 Neueingängen (Vorjahr 35) konfrontiert, wogegen das Konkursamt Einsiedeln eine erhebliche Abnahme der Konkursfälle registrierte.

2. Inspektionen Betreibungsämter

Ein Hauptaugenmerk galt erneut dem im Betreibungsverfahren essentiellen Pfändungsvollzug. Die Betreibungsämter waren zu Jahresbeginn über die Zuschläge bei den Existenzminimumsberechnungen orientiert und auf die strikte Handhabung des Effektivitätsgrundsatzes hingewiesen worden. Diesbezüglich waren keine wesentlichen Beanstandungen mehr zu verzeichnen. Die erfolgten Amtswechsel bewirkten eine Vereinheitlichung des Pfändungsvollzugs.

Die Handhabung von Art. 123 SchKG betreffend Verwertungsaufschub und Widerruf bei Nichtleistung der festgelegten Abschlagszahlungen musste in zwei Fällen moniert werden. Die Ämter wurden angewiesen, von einer allzu schuldnerfreundlichen Haltung Abstand zu nehmen und im Falle rückständiger Aufschubsraten die Verwertung anzuordnen. Ausserdem wurden die Ämter aufgefordert, die Betreibungsprotokolle vollständig auszufertigen und sie den Schuldnern ausnahmslos zur Unterschrift vorzulegen.

3. Inspektionen Konkursämter

Bei den sieben Konkursämtern wurden abgeschlossene wie hängige Konkursverfahren stichprobenweise kontrolliert. Alle überprüften Verfahren sind durch die fachkundigen Konkursbeamten formell wie materiell korrekt abgewickelt worden. Trotz teilweise erheblichem Anstieg der Neueingänge kam es zu keiner wesentlichen Zunahme der Verfahrenspendenzen. Verschiedene überjährige Konkursverfahren konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

4. Beantwortung von Anfragen/Auskunftserteilung

Das Inspektorat hatte sich mit 62 Anfragen und Hilfeleistungsbegehren zu befassen. Eine Vielzahl von Anfragen bezog sich auf die Löschung von Betreibungsregistereinträgen nach «Schikanebetreibungen»: Ausgangspunkt bildet die Eigenheit des SchKG, dass jeder jeden für eine behauptete Forderung betreiben kann. In der Folge werden die Betreibungen in ein Register eingetragen, aus dem gegen Interessennachweis jedermann Auszüge anfordern kann. Problematisch ist, dass im Register auch Betreibungen aufgeführt werden, die bestritten und vom Gläubiger nicht weiter verfolgt worden sind. Derartige Registereinträge können die Kreditwürdigkeit herabmindern. Aufgrund der restriktiven bundesgerichtlichen Rechtsprechung zur Klage nach Art. 85a SchKG kann eine unrechtmässig betriebene Person eine Registerlöschung regelmässig nur mittels einer negativen Feststellungsklage im ordentlichen Zivilverfahren erwirken. Rechtspolitisch wäre daher zu postulieren, dass Betreibungen, welche nach Zustellung des Zahlungsbefehls innert Jahresfrist nicht mehr weiter verfolgt worden sind, im Betreibungsregisterauszug nicht mehr erscheinen würden.

5. Kurse/Weiterbildung

Anlässlich der periodischen Zusammenkünfte des Verbandes Schwyzer kantonaler Betreibungsbeamten wurden aktuelle Fragen aus der Praxis diskutiert. Die Mitarbeiter der kantonalen Konkursämter nahmen an dem durch das Notariat March organisierten 6. SchKG-Kolloquium teil. Verschiedene Betreibungs- und Konkursbeamte beteiligten sich an den vielfältigen Fortbildungsveranstaltungen der umliegenden Kantonalverbände sowie der Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz.

6. EDV und Datensicherung

Sämtliche Schwyzer Betreibungsämter verfügen nunmehr über das bewährte Software-Programm Winbeam und werden ab 1.1.2005 auch die Rechnungsführung über dieses Programm abwickeln. Zur Abgrenzung der Betreibungen auf Pfändung oder auf Konkurs waren die Betreibungsämter gemäss Art. 15 Abs. 4 SchKG gehalten, Verzeichnisse der in ihrem Kreise wohnenden, der Konkursbetreibung unterliegenden Personen zu führen. Seit einiger Zeit besteht die Möglichkeit, über Internet online auf die Handelsregisterdaten zuzugreifen. Das Bundesgericht hat die entsprechend ausgestatteten Ämter, was auf 10 der 11 Schwyzer Betreibungsämter zutrifft, in einem Kreisschreiben ermächtigt, auf die Führung von besonderen Verzeichnissen ab 1.1.2005 zu verzichten. Eine EDV-unterstützte Amtsführung bedingt zwingend, dass die erfassten Daten

periodisch gesichert werden. Ein Schwelbrand in den Räumlichkeiten des Betreibungsamtes Lachen im Frühjahr 2004 erhellte die Notwendigkeit der Datensicherung. Die teilweise unlesbar gewordenen Betreuungskarteikarten mussten mit Hilfe der unzerstört gebliebenen Betreibungsprotokolle nachträglich EDV-mässig aufgearbeitet werden.

7. Amtsübergaben

Im Berichtsjahr kam es bei den Betreibungsämtern Altendorf, Einsiedeln, Muotathal und Wangen zu einem Wechsel des Amtsinhabers. Über sämtliche Amtsübergaben sind einlässliche Protokolle erstellt worden. Das Betreibungsamt Einsiedeln ist durch den interimistischen Amtsinhaber reorganisiert worden. Der Übergang zu einer definitiven Fortführungslösung ist für 2006 vorgesehen. Bezüglich Wahl eines Amtsnachfolgers für das Betreibungsamt Wangen hat der Regierungsrat den Nichtbeizug des Inspektorats moniert und festgehalten, die Bestimmung von § 11 Abs. 2 Satz 1 EVzSchKG sei zwingender Natur.

Die beteiligten fünf Gemeinden haben vom Ansinnen, für das Betreibungsamt Schwyz auf Ablauf der Amtsperiode (30.6.2004) eine Neuausschreibung vorzunehmen, Abstand genommen. Das eingeleitete Rechtsmittelverfahren konnte abgeschlossen werden.

8. Reform Betreuungswesen

Im Zusammenhang mit der Bildung von Betreibungskreisen, der Festlegung des Wahlverfahrens sowie der Besoldung der Betreibungsbeamten besteht Handlungsbedarf. Ein Grundsatzentscheid des Regierungsrats zu den durch die obere kantonale Aufsichtsbehörde unterbreiteten Reformvorschlägen steht noch aus.»

Notariate und Grundbuchämter

Im Jahre 2004 wurden 3 030 (Vorjahr 3 232) Handänderungen vollzogen. Die Summe der Handänderungsbeträge erreichte 1 383,849 Mio. Franken (1 582,558 Mio.). Es wurden 2 149 (2 368) Hypotheken über 1 226,575 Mio. Franken (1 156,752 Mio.) bestellt. 1 173 (1 582) Titel im Betrage von 168,692 Mio. Franken (307,696 Mio.) wurden gelöscht. Es wird auf die Tabelle auf Seite 31 verwiesen.

Grundbuchinspektorat

«1. Grundbuchbereinigung / Inkraftsetzung des eidgenössischen Grundbuchs
Der Stand der Grundbuchbereinigung in den einzelnen Gemeinden per 31.12.2004 stellt sich wie folgt dar:

<i>Notariatskreis</i>	<i>Anzahl Grundstücke</i>	<i>Davon bereinigt</i>	<i>Bereinigt in%</i>
Einsiedeln	8 250	2 750	34%
Gersau*	950	950	100%
Goldau	9 900	9 600	97%
Höfe	15 192	9 478	62%
Küssnacht*	3 500	3 500	100%
March	20 725	8 160	40%
Schwyz	18 600	12 750	68%
Gesamt	77 117	47 188	61%

Tabelle 4.01

Es handelt sich um angenäherte Zahlen. Angaben beziehen sich grundsätzlich auf die eigentlichen Grundstücke inkl. Miteigentums-, Stockwerkeigentums- und Baurechtsgrundstücke. Die Angaben der mit * bezeichneten Notariatskreise beziehen sich lediglich auf die eigentlichen Grundstücke. Hier sind die Miteigentums-, Stockwerkeigentums- und Baurechtsgrundstücke nicht berücksichtigt.

Im Jahre 2004 wurde in Schübelbach mit der Bereinigung des kantonalen Grundbuches begonnen. In Steinerberg wurden diese Arbeiten wieder aufgenommen. Somit werden zurzeit die kantonalen Grundbücher in Altendorf, Einsiedeln, Morschach, Muotathal, Schübelbach, Steinerberg, Tuggen und Wollerau bereinigt. Insgesamt sind sechs Bereinigungsbeamte (meist im Teilpensum) tätig. Im Jahre 2004 setzte das Kantonsgericht Schwyz das Eidgenössische Grundbuch in Morschach (Kreis II), in Muotathal (Kreis V) und in Einsiedeln (Kreise XIII und XIV) in Kraft. Das kantonale Grundbuch wurde jeweils geschlossen.

2. Aufsicht über die Grundbuchämter

Im Jahre 2004 visitierte das Grundbuchinspektorat die Grundbuchämter March, Küssnacht und Einsiedeln. Insgesamt konnte festgestellt werden, dass diese Ämter kundenfreundlich und fachlich einwandfrei geführt werden.

3. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Koller)

Im Berichtsjahr 2004 wurden in 19 Fällen die Entscheide des Volkswirtschaftsdepartementes geprüft. In einem Fall wurde von der Beschwerdemöglichkeit Gebrauch gemacht.

4. EDV-Grundbuch

Im Berichtsjahr erwiesen sich die Arbeiten bezüglich der Einführung des EDV-Grundbuches als sehr zeitintensiv. In der Zwischenzeit ist das Submissionsverfahren abgeschlossen und das System bestimmt worden. Das Notariat Höfe¹⁾ wird im Sinne eines Pilotamtes das EDV-Grundbuch zuerst einführen. Der offizielle Start beginnt am 1. Juni 2005. Diese Projektphase dürfte ca. 9 Monate dauern. Sobald das System vom Bund abgenommen ist, werden auch die anderen Ämter mit der Einführung des EDV-Grundbuches beginnen. Dies wird voraussichtlich von 2006 bis 2008¹⁾ der Fall sein.

¹⁾ gemäss nachträglicher Berichtigung vom Juni 2005

Notariate und Grundbuchämter

Notariate und Grundbuchämter

Gemeinden	Handänderungen		Hypothekenbestellungen		Titellöschungen	
	Zahl	Betrag Fr.	Zahl	Betrag Fr.	Zahl	Betrag Fr.
Schwyz	214	93'002'850	140	62'169'280	17	950'520
Ingenbohl	236	129'847'810	178	89'062'700	5	1'686'000
Muotathal	50	4'335'360	43	10'451'850	274	1'610'780
Iberg	107	21'167'390	65	17'865'190	61	3'146'340
Morschach	55	9'623'040	59	13'233'350	513	7'920'280
Alpthal	15	2'687'600	15	2'519'800	4	209'000
Illgau	28	3'591'920	18	4'429'500	6	238'000
Riemenstalden	2	400'000	6	679'920	1	120'000
Arth	111	41'728'000	92	42'847'000 ¹⁾	6	750'000
Steinen	55	25'594'000	30	12'520'000 ¹⁾	5	80'000
Sattel	48	16'183'000	38	12'546'000 ¹⁾	3	60'000
Rothenthurm	38	8'891'000	22	7'089'000 ¹⁾	0	0
Lauerz	23	4'653'000	12	4'054'000 ¹⁾	3	70'000
Steinerberg	7	2'100'000	6	2'122'000 ¹⁾	5	30'000
Gersau	73	23'213'317	60	14'297'952	3	252'000
Lachen	98	49'952'835	56	35'026'500	19	2'281'000
Altendorf	236	112'325'287	182	139'467'775	11	2'340'000
Galgenen	94	29'466'878	44	14'437'990	9	11'587'500
Vorderthal	21	1'271'250	15	3'986'000	13	55'029
Innerthal	3	250'000	1	6'000	0	0
Schübelbach	146	60'298'270	99	36'481'103	6	224'445
Tuggen	39	21'574'629	25	18'717'000	3	26'000
Wangen	68	21'971'111	49	15'054'909	8	460'000
Reichenburg	74	18'678'665	35	8'492'155	15	139'550
Einsiedeln	505	142'831'718	206	123'681'598	65	25'744'327
Küssnacht	216	91'093'869	169	80'501'750	51	6'942'820
Wollerau	104	144'062'643	117	110'153'000	19	35'799'000
Freienbach	224	210'733'278	237	234'425'846	34	34'168'006
Feusisberg	140	92'320'769	130	110'256'600	14	31'802'000
Total:	3'030	1'383'849'489	2'149	1'226'575'768	1'173	168'692'597
Kreise						
Schwyz	707	264'655'970	524	200'411'590	881	15'880'920
Goldau	282	99'149'000	200	81'178'000	22	990'000
Gersau	73	23'213'317	60	14'297'952	3	252'000
March	779	315'788'925	506	271'669'432	84	17'113'524
Einsiedeln	505	142'831'718	206	123'681'598	65	25'744'327
Küssnacht	216	91'093'869	169	80'501'750	51	6'942'820
Höfe	468	447'116'690	484	454'835'446	67	101'769'006
Total:	3'030	1'383'849'489	2'149	1'226'575'768	1'173	168'692'597

Tabelle 4.02

1) gemäss nachträglicher Berichtigung vom Juni 2005

Bezirksgericht Schwyz

(siehe nebenstehende Tabellen)

Strafsachen

Der **Einzelrichter** urteilte in 9 Fällen (Vorjahr 7); 1 (2) Verfahren wurde eingestellt und 0 (0) durch Beschluss nach § 11 StPO u. a. erledigt.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 16 Fälle (Vorjahr 30); 3 (4) Verfahren wurden eingestellt und 1 (1) durch Beschluss nach § 11 StPO u. a. erledigt.

Zivilprozessuale Sachen

Der **Einzelrichter** erledigte im ordentlichen Verfahren 20 (Vorjahr 32), im beschleunigten Verfahren 151 (150) und im summarischen Verfahren 185 (239) Fälle.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 19 Fälle im ordentlichen Verfahren (Vorjahr 21), 12 (13) wurden verglichen und 8 (11) sonst erledigt (davon 7 Vaterschaftssachen). Andere Begehren wurden 1 (3) beurteilt, 0 verglichen (4) und 0 (0) sonst erledigt.

SchKG-Sachen

Der **Bezirksgerichtspräsident als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde** erledigte 26 Beschwerden (Vorjahr 29), nämlich: 3 gegen Betreibungsbeamte, 17 betreffend Verfügungen und 6 übrige.

Die vom **Einzelrichter als richterliche Behörde** erledigten 544 Geschäfte (Vorjahr 581) setzen sich wie folgt zusammen:

14 Fälle von Rechtsvorschlag mangels neuen Vermögens, 277 Rechtsöffnungen, 6 Arrestbegehren, 176 Konkursbegehren in der ordentlichen Betreuung und 18 ohne vorgängige Betreuung, 5 Anordnungen der Verlassenschaftsliquidation, 2 Einstellungen der Verlassenschaftsliquidation, 13 Einstellungen des Konkursverfahrens, 15 Anordnungen summarisches Konkursverfahren, 15 Schlussdekrete, 1 Konkurswiderruf, 1 vorsorgliche Massnahmen Art. 162/170 und 1 Einsprache gegen Arrestbefehl.

Bezirksgerichte

Geschäftsübersicht

<i>Verfahren</i>	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erledigt</i>	<i>Pendent</i>
Strafsachen					
– Einzelrichter	3	9	12	10	2
– Bezirksgericht	6	18	24	20	4
Zivilsachen					
– Einzelrichter ordentliches Verfahren	3	23	26	20	6
– Einzelrichter beschleunigtes Verfahren	68	165	233	151	82
– Einzelrichter summarisches Verfahren	65	173	238	185	53
– Bezirksgericht ordentliches Verfahren	41	39	80	39	41
– Bezirksgericht andere Begehren	2	0	2	1	1
SchKG-Sachen (Präsident bzw. Einzelrichter)					
– erstinstanzliche Aufsichtsbehörde	1	27	28	26	2
– SchKG-Summarsachen	59	548	607	544	63
Total	248	1 002	1 250	996	254

Tabelle 5.01

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0-2</i>	<i>3-4</i>	<i>5-6</i>	<i>7-12</i>	<i>13-24</i>	<i>>24</i>	<i>Total</i>
Strafsachen							
– Einzelrichter	4	3	2	1	0	0	10
– Bezirksgericht	7	5	6	2	0	0	20
Zivilsachen							
– Einzelrichter	134	77	50	46	41	8	356
– Bezirksgericht	2	8	5	11	4	10	40
SchKG-Sachen	545	25	0	0	0	0	570
Total	692	118	63	60	45	18	996

Tabelle 5.02

Bezirksgericht Gersau

(siehe nebenstehende Tabellen)

Strafsachen

Der **Einzelrichter** urteilte in 1 Fall (Vorjahr 0).

Das **Bezirksgericht** beurteilte 2 Fälle (Vorjahr 2).

Zivilprozessuale Sachen

Der **Einzelrichter** erledigte im ordentlichen Verfahren 1 (Vorjahr 6), im beschleunigten Verfahren 18 (11) und im summarischen Verfahren 14 (7) Fälle.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 5 Fälle im ordentlichen Verfahren (Vorjahr 4), 0 (0) wurden verglichen und 0 (0) sonst erledigt (davon 0 Vaterschaftssachen).

Andere Begehren wurden wie im Vorjahr keine erledigt.

SchKG-Sachen

Der **Bezirksgerichtspräsident als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde** erledigte keine Beschwerde.

Die vom **Einzelrichter als richterliche Behörde** erledigten 20 Geschäfte (Vorjahr 28) setzen sich wie folgt zusammen:

14 Rechtsöffnungen, 1 Arrestbegehren, 3 Konkursbegehren in der ordentlichen Betreuung, 1 Einstellung des Konkursverfahrens und 1 Schlussdekret.

Bezirksgerichte

Geschäftsübersicht

<i>Verfahren</i>	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erledigt</i>	<i>Pendent</i>
Strafsachen					
– Einzelrichter	0	1	1	1	0
– Bezirksgericht	2	0	2	2	0
Zivilsachen					
– Einzelrichter ordentliches Verfahren	0	1	1	1	0
– Einzelrichter beschleunigtes Verfahren	5	16	21	18	3
– Einzelrichter summarisches Verfahren	0	14	14	14	0
– Bezirksgericht ordentliches Verfahren	5	5	10	5	5
– Bezirksgericht andere Begehren	0	0	0	0	0
SchKG-Sachen (Präsident bzw. Einzelrichter)					
– erstinstanzliche Aufsichtsbehörde	0	0	0	0	0
– SchKG-Summarsachen	1	23	24	20	4
Total	13*	60	73	61	12

*1 Fall aus dem Vorjahr nachgetragen

Tabelle 5.03

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0-2</i>	<i>3-4</i>	<i>5-6</i>	<i>7-12</i>	<i>13-24</i>	<i>>24</i>	<i>Total</i>
Strafsachen							
– Einzelrichter	1	0	0	0	0	0	1
– Bezirksgericht	1	0	1	0	0	0	2
Zivilsachen							
– Einzelrichter	16	10	3	1	1	2	33
– Bezirksgericht	0	0	1	2	2	0	5
SchKG-Sachen	18	2	0	0	0	0	20
Total	36	12	5	3	3	2	61

Tabelle 5.04

Bezirksgericht March

(siehe nebenstehende Tabellen)

Strafsachen

Der **Einzelrichter** urteilte in 11 Fällen (Vorjahr 9); 2 (3) Verfahren wurden eingestellt und 0 (1) durch Beschluss nach § 11 StPO u. a. erledigt.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 17 Fälle (Vorjahr 19); 3 (2) Verfahren wurden eingestellt und 2 (2) durch Beschluss nach § 11 StPO u. a. erledigt.

Zivilprozessuale Sachen

Der **Einzelrichter** erledigte im ordentlichen Verfahren 32 (Vorjahr 30), im beschleunigten Verfahren 144 (133) und im summarischen Verfahren 156 (141) Fälle.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 30 Fälle im ordentlichen Verfahren (Vorjahr 29), 16 (12) wurden verglichen und 16 (7) sonst erledigt (davon 6 Vaterschaftssachen). Andere Begehren wurden 10 (1) beurteilt, 0 verglichen (1) und 0 (1) sonst erledigt.

SchKG-Sachen

Der **Bezirksgerichtspräsident als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde** erledigte 24 Beschwerden (Vorjahr 16), nämlich: 0 gegen Betreibungsbeamte, 11 betreffend Verfügungen und 13 übrige.

Die vom **Einzelrichter als richterliche Behörde** erledigten 553 Geschäfte (Vorjahr 484) setzen sich wie folgt zusammen:

23 Fälle von Rechtsvorschlag mangels neuen Vermögens, 237 Rechtsöffnungen, 8 Arrestbegehren, 192 Konkursbegehren in der ordentlichen Betreuung und 15 ohne vorgängige Betreuung, 8 Anordnungen der Verlassenschaftsliquidation, 31 Einstellungen des Konkursverfahrens, 19 Anordnungen summarisches Konkursverfahrens, 16 Schlussdekrete und 1 Einsprache gegen Arrestbefehl.

Bezirksgerichte

Geschäftsübersicht

<i>Verfahren</i>	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erledigt</i>	<i>Pendent</i>
Strafsachen					
– Einzelrichter	3	15	18	13	5
– Bezirksgericht	6	23	29	22	7
Zivilsachen					
– Einzelrichter ordentliches Verfahren	17	25	42	32	10
– Einzelrichter beschleunigtes Verfahren	88	157	245	144	101
– Einzelrichter summarisches Verfahren	58	178	236	156	80
– Bezirksgericht ordentliches Verfahren	70	54	124	62	62
– Bezirksgericht andere Begehren	2	10	12	10	2
SchKG-Sachen (Präsident bzw. Einzelrichter)					
– erstinstanzliche Aufsichtsbehörde	4	27	31	24	7
– SchKG-Summarsachen	36	558	594	553	41
Total	284	1 047	1 331	1 016	315

Tabelle 5.05

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0–2</i>	<i>3–4</i>	<i>5–6</i>	<i>7–12</i>	<i>13–24</i>	<i>>24</i>	<i>Total</i>
Strafsachen							
– Einzelrichter	7	4	1	0	0	1	13
– Bezirksgericht	3	6	9	2	2	0	22
Zivilsachen							
– Einzelrichter	128	75	51	28	28	22	332
– Bezirksgericht	17	9	7	10	11	18	72
SchKG-Sachen	555	14	2	1	3	2	577
Total	710	108	70	41	44	43	1 016

Tabelle 5.06

Bezirksgericht Einsiedeln

(siehe nebenstehende Tabellen)

Strafsachen

Der **Einzelrichter** urteilte in 0 Fällen (Vorjahr 1).

Das **Bezirksgericht** beurteilte 0 Fälle (Vorjahr 1).

Zivilprozessuale Sachen

Der **Einzelrichter** erledigte im ordentlichen Verfahren 4 (Vorjahr 6), im beschleunigten Verfahren 72 (55) und im summarischen Verfahren 90 (99) Fälle.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 3 Fälle im ordentlichen Verfahren (Vorjahr 3), 3 (4) wurden verglichen und 0 (3) sonst erledigt (davon 0 Vaterschaftssachen).

Andere Begehren wurden wie im Vorjahr keine erledigt.

SchKG-Sachen

Der **Bezirksgerichtspräsident als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde** erledigte 4 Beschwerden (Vorjahr 14), nämlich: 2 gegen Betreibungsbeamte und 2 gegen Konkursbeamte.

Die vom **Einzelrichter als richterliche Behörde** erledigten 122 Geschäfte (Vorjahr 122) setzen sich wie folgt zusammen:

1 Fall von Rechtsvorschlag mangels neuen Vermögens, 55 Rechtsöffnungen, 24 Konkursbegehren in der ordentlichen Betreuung und 2 ohne vorgängige Betreuung, 5 Anordnungen der Verlassenschaftsliquidation, 1 Einstellung der Verlassenschaftsliquidation, 2 Einstellungen des Konkursverfahrens, 5 Anordnungen summarisches Konkursverfahren, 9 Schlussdekrete und 18 sonstige.

Bezirksgerichte

Geschäftsübersicht

<i>Verfahren</i>	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erledigt</i>	<i>Pendent</i>
Strafsachen					
– Einzelrichter	0	0	0	0	0
– Bezirksgericht	0	0	0	0	0
Zivilsachen					
– Einzelrichter ordentliches Verfahren	0	4	4	4	0
– Einzelrichter beschleunigtes Verfahren	18	67	85	72	13
– Einzelrichter summarisches Verfahren	10	92	102	90	12
– Bezirksgericht ordentliches Verfahren	9	9	18	6	12
– Bezirksgericht andere Begehren	0	0	0	0	0
SchKG-Sachen (Präsident bzw. Einzelrichter)					
– erstinstanzliche Aufsichtsbehörde	0	4	4	4	0
– SchKG-Summarsachen	4	122	126	122	4
Total	41	298	339	298	41

Tabelle 5.07

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0–2</i>	<i>3–4</i>	<i>5–6</i>	<i>7–12</i>	<i>13–24</i>	<i>>24</i>	<i>Total</i>
Strafsachen							
– Einzelrichter	0	0	0	0	0	0	0
– Bezirksgericht	0	0	0	0	0	0	0
Zivilsachen							
– Einzelrichter	94	41	14	9	7	1	166
– Bezirksgericht	0	1	0	1	2	2	6
SchKG-Sachen	121	4	1	0	0	0	126
Total	215	45	15	10	9	3	298

Tabelle 5.08

Bezirksgericht Küsnacht

(siehe nebenstehende Tabellen)

Strafsachen

Der **Einzelrichter** urteilte in 3 Fällen (Vorjahr 2); 5 (2) Verfahren wurde eingestellt und 0 (1) durch Beschluss nach § 11 StPO u. a. erledigt.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 4 Fälle (Vorjahr 2); 0 (0) Verfahren wurden eingestellt und 2 (0) durch Beschluss nach § 11 StPO u. a. erledigt.

Zivilprozessuale Sachen

Der **Einzelrichter** erledigte im ordentlichen Verfahren 7 (Vorjahr 9), im beschleunigten Verfahren 37 (35) und im summarischen Verfahren 64 (63) Fälle.

In Ehe- und Vaterschaftssachen führte er 1 Sühneversuch durch (Vorjahr 0), welcher scheiterte.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 6 Fälle im ordentlichen Verfahren (Vorjahr 5), 6 (3) wurden verglichen und 4 (1) sonst erledigt (davon 1 Vaterschaftssache).

Andere Begehren wurden wie im Vorjahr keine erledigt.

SchKG-Sachen

Der **Bezirksgerichtspräsident als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde** erledigte 5 Beschwerden und aufsichtsrechtliche Verfahren (Vorjahr 6), nämlich: 5 Beschwerden gegen Betreibungs- oder Konkursbeamte.

Die vom **Einzelrichter als richterliche Behörde** erledigten 186 Geschäfte (Vorjahr 174) setzen sich wie folgt zusammen:

5 Fälle von Rechtsvorschlag mangels neuen Vermögens, 87 Rechtsöffnungen, 69 Konkursbegehren in der ordentlichen Betreuung und 6 ohne vorgängige Betreuung, 3 Anordnungen der Verlassenschaftsliquidation, 1 Einstellung der Verlassenschaftsliquidation, 6 Einstellungen des Konkursverfahrens, 6 Anordnungen summarisches Konkursverfahren und 10 Schlussdekrete.

Bezirksgerichte

Geschäftsübersicht

<i>Verfahren</i>	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erledigt</i>	<i>Pendent</i>
Strafsachen					
– Einzelrichter	4	4	8	8	0
– Bezirksgericht	3	4	7	6	1
Zivilsachen					
– Einzelrichter ordentliches Verfahren	3	6	9	7	2
– Einzelrichter beschleunigtes Verfahren	19	40	59	37	22
– Einzelrichter summarisches Verfahren	10	60	70	64	6
– Bezirksgericht ordentliches Verfahren	12	16	28	16	12
– Bezirksgericht andere Begehren	0	0	0	0	0
SchKG-Sachen (Präsident bzw. Einzelrichter)					
– erstinstanzliche Aufsichtsbehörde	0	6	6	5	1
– SchKG-Summarsachen	9	184	193	186	7
Total	60	320	380	329	51

Tabelle 5.09

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0–2</i>	<i>3–4</i>	<i>5–6</i>	<i>7–12</i>	<i>13–24</i>	<i>>24</i>	<i>Total</i>
Strafsachen							
– Einzelrichter	3	0	2	2	1	0	8
– Bezirksgericht	1	2	2	1	0	0	6
Zivilsachen							
– Einzelrichter	56	21	12	9	5	5	108
– Bezirksgericht	3	3	2	4	3	1	16
SchKG-Sachen	181	6	1	2	1	0	191
Total	244	32	19	18	10	6	329

Tabelle 5.10

Bezirksgericht Höfe

(siehe nebenstehende Tabellen)

Strafsachen

Der **Einzelrichter** urteilte in 20 Fällen (Vorjahr 19); 0 (4) Verfahren wurden eingestellt und 0 (0) durch Beschluss nach § 11 StPO u. a. erledigt.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 16 Fälle (Vorjahr 10); 0 (1) Verfahren wurden eingestellt und 1 (0) durch Beschluss nach § 11 StPO u. a. erledigt.

Zivilprozessuale Sachen

Der **Einzelrichter** erledigte im ordentlichen Verfahren 37 (Vorjahr 36), im beschleunigten Verfahren 164 (144) und im summarischen Verfahren 152 (189) Fälle.

Das **Bezirksgericht** beurteilte 42 Fälle im ordentlichen Verfahren (Vorjahr 28), 23 (29) wurden verglichen und 18 (14) sonst erledigt (davon 5 Vaterschaftssachen). Andere Begehren wurden 1 (0) beurteilt, 0 verglichen (0) und 4 (0) sonst erledigt.

SchKG-Sachen

Der **Bezirksgerichtspräsident als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde** erledigte 44 Beschwerden (Vorjahr 62), nämlich: 20 gegen Betreibungsbeamte, 10 gegen Konkursbeamte, 14 betreffen Verfügungen.

Die vom **Einzelrichter als richterliche Behörde** erledigten 511 Geschäfte (Vorjahr 392) setzen sich wie folgt zusammen:

17 Rechtsvorschläge mangels neuen Vermögens, 264 Rechtsöffnungen, 1 Arrestbegehren, 130 Konkursbegehren in der ordentlichen Betreuung und 26 ohne vorgängige Betreuung, 6 Konkurswiderrufe, 4 Anordnungen der Verlassenschaftsliquidation, 1 Einstellung der Verlassenschaftsliquidation, 29 Einstellungen des Konkursverfahrens, 19 Anordnungen summarisches Konkursverfahren, 12 Schlussdekrete und 2 sonstige.

Bezirksgerichte

Geschäftsübersicht

<i>Verfahren</i>	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erlедigt</i>	<i>Pendent</i>
Strafsachen					
– Einzelrichter	7	18	25	20	5
– Bezirksgericht	4	19	23	17	6
Zivilsachen					
– Einzelrichter ordentliches Verfahren	14	31	45	37	8
– Einzelrichter beschleunigtes Verfahren	85	177	262	164	98
– Einzelrichter summarisches Verfahren	51	140	191	152	39
– Bezirksgericht ordentliches Verfahren	72	77	149	83	66
– Bezirksgericht andere Begehren	5	0	5	5	0
SchKG-Sachen (Präsident bzw. Einzelrichter)					
– erstinstanzliche Aufsichtsbehörde	7	42	49	44	5
– SchKG-Summarsachen	39	510	549	511	38
Total	284	1 014	1 298	1 033	265

Tabelle 5.11

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0–2</i>	<i>3–4</i>	<i>5–6</i>	<i>7–12</i>	<i>13–24</i>	<i>>24</i>	<i>Total</i>
Strafsachen							
– Einzelrichter	10	7	2	1	0	0	20
– Bezirksgericht	5	8	1	3	0	0	17
Zivilsachen							
– Einzelrichter	139	78	56	39	30	11	353
– Bezirksgericht	12	11	13	19	13	20	88
SchKG-Sachen	496	45	5	7	2	0	555
Total	662	149	77	69	45	31	1 033

Tabelle 5.12

Die *Geschäftszahlen* des Kantonsgerichts, insbesondere die Neueingänge, sind im Berichtsjahr weitgehend stabil geblieben. Dank wiederum über den Eingängen (592; ohne Rechtshilfe 473) liegenden Verfahrenserledigungen (612 bzw. 493) konnte ein Abbau der Pendenzen um 10% (auf 182 Geschäfte) verzeichnet werden. Das Verhältnis der Ende Jahr pendenten Verfahren zu den Erledigungen (sog. ungewichteter Arbeitsvorrat) betrug ohne Rechtshilfefälle 37% (gegenüber 38.7% im Vorjahr) oder rund viereinhalb Monate. Aufgrund der Steigerung der Geschäftslast bei den Bezirksgerichten March und Höfe sowie des hohen Arbeitsvorrates beim kantonalen Strafgericht muss auch beim Kantonsgericht im laufenden oder nächsten Geschäftsjahr mit einer Steigerung der Neueingänge gerechnet werden.

Dank einer konsequenten *Prioritätensetzung* im Abbau alter Pendenzen konnten bei fast allen Instanzen der kantonalen Zivil- und Strafjustiz Verbesserungen erzielt werden, was eine Reduktion der durchschnittlichen Verfahrensdauer zur Folge haben wird, vorausgesetzt, dass die eingehenden Geschäfte nicht erneut erheblich zunehmen werden. Die Zahlen der *meldepflichtigen Verfahren* (d.h. über zweijährige Pendenzen) belaufen sich nach Instanzen wie folgt:

Bezirksgericht Schwyz 7 (im Vorjahr 11), Gersau 1 (3), March 57 (59), Einsiedeln 6 (4), Küssnacht 5 (5) und Höfe 21 (24); kantonales Strafgericht 0 (2), Verhör-
amt 17 (14); das Kantonsgericht hatte 2 (3) Verfahren zu verzeichnen, die inzwischen erledigt werden konnten.

Sorgen bereitet der Gerichtsleitung des Kantonsgerichts die mangelnde Flexibilität der Justizorganisation aufgrund der zu engen und veralteten *verfassungsrechtlichen* Vorgaben, durch die insbesondere Gerichtsmitgliederzahlen fixiert, nur sporadisch zum Einsatz gelangende Ersatzrichter (z.T. als «Ersatzmänner») vorgeschrieben und die Weiterentwicklung des Laienrichter- zu einem eigentlichen Fachrichtersystem erschwert wird (so durch die Teilwahl von Kantonsrichtern in den Bezirken). Parallel zur Abstimmung über die Einleitung einer Totalrevision der Kantonsverfassung sollten deshalb die Verfassungsbestimmungen über die Justizorganisation vorab teilrevidiert werden; ein Vorschlag für eine gemeinsame Initiierung wurde dem Regierungsrat durch die Gerichtsleitungen des Kantons- und Verwaltungsgerichts unterbreitet.

Eine erhebliche Umstellung im Strafjustizwesen, verbunden mit Mehraufwand für die Gerichte, wird die Inkraftsetzung des *neuen Strafrechts* (allgemeiner Teil des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafrechts) mit sich bringen, die mittlerweile vom Bund allerdings erneut verschoben wurde, diesmal auf frühestens 1. Januar 2007.

Das Gerichtsverwaltungssystem «*Tribuna*» hat sich bewährt und ist seit dem 1. Mai 2004 (rückwirkend per 1. Januar) in voller Funktionsfähigkeit; die für die Einführung beanspruchten personellen Ressourcen waren in Kauf zu nehmen. Das System ist derzeit auch bei der Staatsanwaltschaft in Einführung.

Die Tätigkeit des Kantonsgerichts und seiner Kammern im Einzelnen, einschliesslich Aufsicht, kann nachfolgenden Abschnitten und Tabellen entnommen werden, die im Hinblick auf eine umfassendere Neugestaltung künftiger Berichte teilweise angepasst wurden (unter Gewährleistung der Vergleichsmöglichkeit mit den Vorjahren).

1. Geschäftsgang und Rechtspflege

Geschäftsübersicht

<i>Verfahren</i>	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erledigt</i>	<i>Pendent</i>
Gesamtgericht	0	6	6	6	0
Zivilkammer	67	82	149	72	77
Strafkammer	35	34	69	44	25
1. Rekurskammer	57	101	158	107	51
2. Rekurskammer	41	147	188	161	27
Präsidium	0	14	14	13	1
Gerichtspräsident	2	89	91	90	1
Total	202	473	675	493	182
Vorjahr	254	470	724	522	202
Rechtshilfe	0	119	119	119	0

Tabelle 6.01

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0-3</i>	<i>4-6</i>	<i>7-12</i>	<i>13-24</i>	<i>>24</i>	<i>Total</i>
Gesamtgericht	5	0	1	0	0	6
Zivilkammer	12	12	20	21	7	72
Strafkammer	11	1	6	23	3	44
1. Rekurskammer	33	35	29	9	1	107
2. Rekurskammer	105	34	20	1	1	161
Präsidium	11	2	0	0	0	13
Gerichtspräsident	86	3	1	0	0	90
Total	263	87	77	54	12	493

Tabelle 6.02

Kantonsgericht

Erledigungsarten

Guttheissung	87
Teilguttheissung	58
Abweisung	117
Nichteintreten	81
Rückweisung	11
Rechtsmittelrückzug	47
Vergleich, Klagerückzug, -anerkennung	25
Gegenstandslosigkeit	31
andere Erledigung	36
Total	493

Tabelle 6.03

Herkunft nach Vorinstanzen mit zweitinstanzlichen Erledigungen

	<i>Weiterzüge</i>			<i>Erledigungen</i>
	<i>Total</i>	<i>Berufungen</i>	<i>Quote in %</i>	
Bezirksgericht Schwyz	65	15	6.5	75
Bezirksgericht Gersau	17	7	27.9	16
Bezirksgericht March	77	35	7.6	73
Bezirksgericht Einsiedeln	16	6	5.4	23
Bezirksgericht Küssnacht	19	7	5.8	25
Bezirksgericht Höfe	88	27	8.5	92
Straf- und Jugendgericht	20	17	33.9	21
Staatsanwaltschaft	32		39.5	26
Verhöramt	69			69
Bezirksämter	4			5
Notariate/Grundbuchämter	3			3
andere	61			65
Total	473	115	8.6	493

Tabelle 6.04

Die Angaben zu den innerkantonalen Weiterzügen (inkl. Genehmigungen von Überwachungen) nach Vorinstanzen werden erstmals publiziert und sind für ein Jahr allein gesehen von beschränkter Aussagekraft. Unter der Rubrik *Berufungen* sind die zivilrechtlichen und strafrechtlichen Weiterzüge dieses Rechtsmittels aufgeführt, unter *Weiterzugsquoten* das Verhältnis zur Gesamtzahl der Erledigungen der jeweiligen Vorinstanz.

Gesamtgericht (*Konstituierung, Wahlen und Grundsatzentscheide*)

Das Gesamtgericht behandelte 6 Geschäfte (im Vorjahr 6).

Zivilrechtspflege: 2 Verfahren der 1. Rekurskammer von grundsätzlicher Bedeutung wurden an das Gesamtgericht gewiesen (Aberkennungszuständigkeit in Mietsachen und Auflösung von Gesellschaften ohne Revisionsstelle). 1 Rekurs wurde ganz und 1 teilweise gutgeheissen.

Justizverwaltung: Das Gesamtgericht nahm am 1. Juli mit Beginn der neuen Legislatur die Konstituierung der Kammern vor und bereinigte bzw. änderte teilweise die Kammerzuständigkeiten. Zudem wählte es die Anwaltskommission auf vier Jahre. Ein bisher a.o. Gerichtsschreiber wurde zum ordentlichen Gerichtsschreiber gewählt.

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0-3</i>	<i>4-6</i>	<i>7-12</i>	<i>Total</i>
Zugewiesene Prozesse	1	0	1	2
Justizverwaltung GG	4	0	0	4
Diverses	0	0	0	0
Total	5	0	1	6

Tabelle 6.05

Zivilkammer (Berufungen und Direktprozesse in Zivilsachen)

Die Zivilkammer behandelte 72 Geschäfte (im Vorjahr 84). Es wurden 70 Berufungen und 2 immaterialgüterrechtliche Direktprozesse erledigt. Die Berufungen betrafen folgende Rechtsgebiete: Vertragsrecht (39), Haftpflichtrecht (2), Gesellschaftsrecht (6), Ehe- und Kindesrecht (8), Erbrecht (2), Sachenrecht (7) und SchKG-Klagen (6).

Verfahrensdauer

Monate	0-3	4-6	7-12	13-24	>24	Total
Berufungen	12	12	20	20	6	70
Direktprozesse	0	0	0	1	1	2
Revisionen	0	0	0	0	0	0
Diverses	0	0	0	0	0	0
Total	12	12	20	21	7	72

Tabelle 6.06

Erledigungsarten

Gutheissung	2
Teilgutheissung	15
Abweisung	16
Nichteintreten	7
Rückweisung	4
Rechtsmittelrückzug	13
Vergleich	14
Gegenstandslosigkeit	1
andere Erledigung	0
Total	72

Tabelle 6.07

Strafkammer (*Berufungen und Revisionen in Strafsachen*)

Die Strafkammer behandelte 44 Geschäfte (im Vorjahr 49). Es wurden 39 Berufungen und 1 Revision erledigt. 3 Strafverfahren wurden nach § 137 StPO wieder aufgenommen und 1 Widerrufsverfahren betreffend bedingten Strafvollzug wurde als gegenstandslos abgeschrieben. Die Verfahren betrafen folgende Rechtsgebiete (Hauptdelikt): Strafgesetzbuch (28), Strassenverkehrsrecht (8), übriges Strafrecht (6) sowie Bussenumwandlung (2).

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0-3</i>	<i>4-6</i>	<i>7-12</i>	<i>13-24</i>	<i>>24</i>	<i>Total</i>
Berufungen	7	1	5	23	3	39
Revisionen	1	0	0	0	0	1
Richterliche Verfügungen	1	0	0	0	0	1
Diverses	2	0	1	0	0	3
Total	11	1	6	23	3	44

Tabelle 6.08

Erledigung

Gutheissung	3
Teilgutheissung	14
Abweisung	9
Nichteintreten	3
Rückweisung	1
Rechtsmittelrückzug	4
Gegenstandslosigkeit	4
Einstellung	1
andere Erledigung	5
Total	44

Tabelle 6.09

1. Rekurskammer (übrige Zivilsachen, Notariats- und Grundbuchwesen)

Die 1. Rekurskammer behandelte 107 Geschäfte (im Vorjahr 133). Die Erledigungen betrafen folgende Rechtsgebiete: Vertrags-, Haftpflicht- und Gesellschaftsrecht (16), Personenrecht (1), Ehe- und Kindesrecht (31, wovon 22 Eheschutzmassnahmen und 5 vorsorgliche Scheidungsmassnahmen), Erbrecht (1), Sachenrecht (3), SchKG-Klagen (1), unentgeltliche Prozessführung (13), Kostenfolgen (9), Befehlsverfahren (3), Vollstreckung (10), andere zivilprozessuale Fragen (10), Notariats- und Grundbuchsachen (2) sowie GO-Beschwerden (2). Im Weiteren wurden 2 Ausstandsbegehren erledigt.

Das Eidgenössische Grundbuch wurde in Morschach Bereinigungskreis II, Einsiedeln Bereinigungskreis XIII und XIV (Teil Dorf A Einsiedeln) sowie Muotathal Bereinigungskreis V in Kraft gesetzt.

Verfahrensdauer

Monate	0-3	4-6	7-12	13-24	>24	Total
Rekurse	24	25	23	6	1	79
Nichtigkeitsbeschwerden	3	8	2	3	0	16
Beschwerden Zivilsachen	1	2	3	0	0	6
Schiedssachen	0	0	0	0	0	0
Revisionen	0	0	1	0	0	1
Justizverwaltung Zivilsachen	3	0	0	0	0	3
Diverses	2	0	0	0	0	2
Total	33	35	29	9	1	107

Tabelle 6.10

Erledigungsarten

Guttheissung	10
Teilguttheissung	13
Abweisung	33
Nichteintreten	24
Rückweisung	4
Rechtsmittelrückzug	9
Vergleich	6
Gegenstandslosigkeit	4
andere Erledigung	4
Total	107

Tabelle 6.11

2. Rekurskammer (SchKG- und übrige Strafsachen)

Die 2. Rekurskammer behandelte 161 Geschäfte (im Vorjahr 172).

Die Erledigungen in der *Strafrechtspflege* betrafen folgende Rechtsgebiete: materielles Strafrecht (6), Untersuchungsführung (3), Nichteröffnung und Einstellung von Strafverfahren (19), Kostenfragen und amtliche Verteidigung (7), Aufsicht (1), Ausstandsfragen (3) und übriges Strafprozessrecht (14).

Die Erledigungen in *Schuldbetreibung und Konkurs* betrafen folgende Rechtsgebiete: Rechtsöffnung (57), Konkursöffnung (16), Arrestsachen (2), SchKG-Beschwerden (23), andere SchKG-Sachen (7), Ausstellung des Wahlfähigkeitszeugnisses als Betreibungsbeamter (1) und Nachlasssachen (2).

Verfahrensdauer

Monate	0-3	4-6	7-12	13-24	>24	Total
Nichtigkeitsbeschwerden Strafsachen	2	3	1	0	0	6
Beschwerden Strafsachen	35	6	3	0	0	44
Rekurse SchKG	34	13	6	1	0	54
Nichtigkeitsbeschwerden SchKG	18	3	4	0	0	25
Obere Aufsicht SchKG	8	9	5	0	1	23
Nachlasssachen	2	0	0	0	0	2
Justizverwaltung Strafsachen	3	0	0	0	0	3
Justizverwaltung SchKG	2	0	1	0	0	3
Diverses	1	0	0	0	0	1
Total	105	34	20	1	1	161

Tabelle 6.12

Erledigungsarten

Gutheissung	22
Teilgutheissung	11
Abweisung	45
Nichteintreten	42
Rückweisung	2
Rechtsmittelrückzug	17
Vergleich	4
Gegenstandslosigkeit	14
Einstellung	1
andere Erledigung	3
Total	161

Tabelle 6.13

Gerichtspräsident (*Zwangsmassnahmen und sonstige Präsidialsachen*)

Der Gerichtspräsident (bzw. die Vizepräsidentin) behandelte 90 Geschäfte (im Vorjahr 69).

Strafrechtspflege: Er entschied über 25 Haftbeschwerden (14), wovon 6 ganz oder teilweise gutgeheissen, 10 abgewiesen, auf 3 nicht eingetreten und 6 abgeschrieben wurden. Weiter prüfte der Gerichtspräsident 46 Gesuche um Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (43); davon bewilligte er 38 ganz oder teilweise, 3 Gesuche wies er ab, auf 2 trat er nicht ein und 3 wurden abgeschrieben. 1 Entsigelungsgesuch wurde unter Auflagen abgeschrieben.

Zivilrechtspflege: Präsidial wurden 1 Massnahmebegehren gutgeheissen, 1 abgewiesen sowie 4 abgeschrieben.

Justizverwaltung: Der Präsident nahm 5 Amtsübergaben vor, nämlich des Notariates und Grundbuchamtes Gersau sowie der Betreibungsämter Muotathal, Einsiedeln, Altendorf und Galgenen. Im Rahmen eines Amtsuntersuchs über ein Betreibungsamt wurde der Regierungsrat eingeladen, die Errichtung gleichmässiger Betreibungskreise mit einheitlicher Besoldungsordnung zu prüfen. Er vereidigte den neuen Bezirksgerichtspräsidenten der Höfe, Dr. Martin Höfliger, und die neuen Kantonsrichter (vgl. Personelles). Wie üblich wurde ein unterstelltes Gericht visitiert, nämlich das Bezirksgericht March am 21. Oktober 2004.

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0-3</i>	<i>4-6</i>	<i>7-12</i>	<i>Total</i>
Haftbeschwerden	25	0	0	25
Zwangsmassnahmen	46	0	1	47
Revision Strafbefehl und -verfügungen	0	0	0	0
Vorsorgliche Massnahmen im Zivilrecht	4	2	0	6
Justizverwaltung	11	1	0	12
Diverses	0	0	0	0
Total	86	3	1	90

Tabelle 6.14

Präsidium (*Aufsichtssachen und Kanzleianstellungen*)

Das Präsidium (bestehend aus dem Präsidenten, den beiden Vizepräsidenten und dem ersten Gerichtsschreiber) schritt gegen ein widerrechtlich gegründetes und agierendes Schiedsgericht ein; es wurde für 1 Strafverfahren ein ausserordentlicher Staatsanwalt ernannt. Neu wurden 5 Urkundspersonen registriert und im Rahmen der Bereinigung des Registers der Urkundspersonen mehrere Einträge gelöscht (das aktuelle Register findet sich auf www.kgsz.ch); 1 Fall betraf die allgemeine Aufsicht über die Urkundspersonen. Zudem erliess das Präsidium den Gerichtskalender und wählte eine neue Kanzleisachbearbeiterin.

Verfahrensdauer

<i>Monate</i>	<i>0-3</i>	<i>4-6</i>	<i>Total</i>
Justizverwaltung	11	2	13
Diverses	0	0	0
Total	11	2	13

Tabella 6.15

2. Allgemeine Justizaufsicht und -verwaltung; Rechtshilfe

Justizverwaltungssachen in Zivil- und Strafsachen sowie Schuldbetreibung und Konkurs sind unter den jeweils zuständigen Kammern aufgeführt (Rekurskammern, Präsidium und Gerichtspräsident). Zahlreiche in der Justizaufsicht anfallende Fragen wurden zudem auch laufend angesprochen und wo möglich und zulässig formlos erledigt. Am 4. Oktober 2004 fand die inzwischen institutionalisierte kantonale *Gerichtspräsidentenkonferenz* statt.

Die Kontakte mit den im Justizbereich bestehenden *Verbänden* wurden wiederum durch Besuche seitens des Kantonsgerichtspräsidenten mit gegenseitigem Meinungs-austausch gepflegt, so insbesondere mit dem Anwaltsverband des Kantons Schwyz (AVSZ), dem Verband Schwyzer Notare, dem Verband Schwyzer kantonaler Betriebs-beamten und der Vereinigung der Vermittler des Kantons Schwyz (VVS), einschliesslich von Weiterbildungs-veranstaltungen des AVSZ und des VVS, an denen der Präsident Fachreferate hielt.

Bezüglich allfälliger Verfahren betreffend *Tsunami-Opfern* aus dem Seebeben in Asien wurden die Bezirksgerichte angewiesen, Verfahren oder Voranfragen dem Kantonsgericht für allfällige Koordinationen zu melden. Es sind keine Meldungen eingegangen.

Im Rahmen der umfangreichen Anpassungen des kantonalen Rechts an das neue Strafrecht hat der Kantonsgerichtspräsident die hiermit beauftragte *Expertenkommission* präsiert. Die Entwürfe wurden dem Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates abgeliefert (vgl. hierzu auch einleitende Bemerkungen zum Bericht des Kantonsgerichts).

Im Jahre 2004 wurden zudem durch die Gerichtsleitung und -kanzlei insgesamt 119 *internationale und interkantonale Rechtshilfeschäfte* (vor allem als Zentralbehörde in Zivil- und Handelssachen) erledigt (vgl. Tabelle 6.01; im Vorjahr 105).

3. Personelles

Auf Beginn der Legislatur 2004–08 am 1. Juli schieden die *Kantonsrichter* Theres Hafner, Küssnacht, Alfred Stachel, Pfäffikon, und Albert Meile, Pfäffikon, aus dem Amt aus.

Theres Hafner wurde am 23. September 1990 von der Bezirksgemeinde Küssnacht ins Kantonsgericht gewählt und wirkte bis 1. Juli 1992 in der 2. Rekurskammer und dann bis zu ihrer Demission in der Strafkammer mit, ab 1996 zusätzlich wieder in der 2. Rekurskammer.

Alfred Stachel nahm nach seiner Wahl durch die Bezirksgemeinde Höfe am 1. Juli 1992 Einsitz in die 2. Rekurskammer und wirkte dann seit 1. Januar 1997 in der Zivilkammer mit.

Albert Meile wurde vom Kantonsrat an der Juni-Session 2000 ins Kantonsgericht gewählt und wirkte bis zu seinem Ausscheiden in der 1. Rekurskammer mit.

Im Weiteren verstarb, wie bereits im Bericht zum Vorjahr vermeldet, Kantonsrichter Adrian Elmer, Wangen, am 27. Januar 2004 im Amt. Er hatte seit seiner Wahl durch die Landsgemeinde der March im Jahre 1996 zuerst in der 2. und ab 1. Juli 2000 in der 1. Rekurskammer mitgewirkt.

Als sozialkompetente Mitbürger und engagierte Berufsleute mit Behördenerfahrung, teilweise in erstinstanzlichen Gerichten, brachten sie als nebenamtliche Richter wertvolle Kenntnisse in die zweitinstanzliche Beurteilung von Straf-, Zivil- und SchKG-Verfahren des Kantonsgerichts ein. Ihre langjährigen und mit grossem Einsatz geleisteten Dienste zum Wohle von Volk und Kanton Schwyz seien ihnen herzlich verdankt.

Als *Nachfolger* wurden durch Urnenwahl von der Bezirksgemeinde Küssnacht Hannelore Räber, Küssnacht, von der Bezirksgemeinde Höfe Dr. Hansruedi Hiestand, Freienbach, und von der Landsgemeinde March Reto Fedrizzi, Reichenburg, ins Kantonsgericht entsandt und Bettina Gyr, Wilen, durch den Kan-

tonsrat gewählt. Mit der Neuwahl wurde die minimale Besetzung des Gerichts mit zwei Frauen gerade noch erreicht.

Bei der *Gerichtskanzlei* wurden lic. iur. Isabelle Brunner Schwander als Gerichtsschreiberin und Daniela von Allmen als Kanzleisachbearbeiterin auf eigenen Wunsch aus dem Staatsdienst entlassen. Auch ihnen gilt ein herzliches Dankeschön für ihre Dienste im Gericht. Als Nachfolger wurden ass. iur. Kai Ludwig, Zürich, als ordentlicher Gerichtsschreiber im Teilamt und Gabriela Schilter, Lauerz, als Kanzleisachbearbeiterin gewählt. Eine Praktikantin absolvierte ein halbjähriges Anwaltspraktikum.

Die Mitarbeiter des Kantonsgerichts nahmen im Verlauf des Jahres an verschiedenen *Weiterbildungsveranstaltungen* teil.

Anwaltskommission

Die Anwaltskommission hat sieben Eintragungsgesuche ins Anwaltsregister gutgeheissen, davon ein Gesuch nach bestandener Eignungsprüfung (Art. 31 BGFA), sowie zwei Rechtsanwälte in die EU/EFTA-Liste eingetragen. Zwei Einträge sind aus dem Anwaltsregister gelöscht worden. Das aktuelle Anwaltsregister und die EU/EFTA-Liste können im Internet eingesehen werden. Im Jahre 2004 lagen 19 Anmeldungen zur Anwaltsprüfung vor, wobei acht davon neu eingegangen sind, darunter eine Anmeldung zur Notarenprüfung. Fünf Bewerbern wurde das Anwaltspatent aufgrund bestandener Prüfung erteilt. Die Präsidentin hat 13 Personen zum Anwaltspraktikum zugelassen und fünf Gesuche um Entbindung vom Berufsgeheimnis gutgeheissen.

<i>Fälle</i>	<i>Alte</i>	<i>Neue</i>	<i>Total</i>	<i>Erlедigt</i>	<i>Pendent</i>
Anwaltsregister					
– Eintragungen	6	8	14	9 ¹⁾	5
– Löschungen	1	1	2	2	0
Praktikumszulassungen	0	13	13	13	0
Anwaltsprüfungen	11	8 ²⁾	19	5	14
– Patent erteilt				5	
Aufsichtsbeschwerden	3	1	4	3	1
Sonstiges ³⁾	0	7	7	5	2
Total	21	38	59	42	22

Tabelle 7.01

1) davon zwei Einträge in EU/EFTA-Liste

2) davon 1 Notarenprüfung

3) Entbindung vom Berufsgeheimnis

Das Bundesgericht behandelte im Jahre 2004 insgesamt *59 Rechtsmittel* (Vorjahr 64), mit denen ein Entscheid des Kantonsgerichts angefochten wurde. Von diesen 59 Rechtsmitteln wurden 5 staatsrechtliche Beschwerden und 1 Nichtigkeitsbeschwerde in Strafsachen gutgeheissen. 1 staatsrechtliche Beschwerde und 1 zivilrechtliche Berufung wurden teilweise gutgeheissen. Von den übrigen 51 Rechtsmitteln führte keines zu einer Änderung des angefochtenen Entscheides des Kantonsgerichtes (Vorjahr: 2 Rechtsmittel gutgeheissen).

Im Einzelnen handelt es sich um:

- 31 staatsrechtliche Beschwerden, wovon 5 gutgeheissen, 1 teilweise gutgeheissen, 14 abgewiesen und auf 11 nicht eingetreten wurde;
- 15 zivilrechtliche Berufungen, wovon 1 teilweise gutgeheissen, 11 abgewiesen und auf 3 nicht eingetreten wurde;
- 1 zivilrechtliche Nichtigkeitsbeschwerde, welche abgewiesen wurde;
- 4 Nichtigkeitsbeschwerden in Strafsachen, wovon 1 gutgeheissen, 2 abgewiesen und auf 1 nicht eingetreten wurde;
- 8 Beschwerden an die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer, wovon 1 abgewiesen und auf 7 nicht eingetreten wurde.

Gegen *39 Entscheide* der im Jahre 2004 durch das Kantonsgericht erledigten 493 Verfahren wurden bundesrechtliche Rechtsmittel eingereicht (Weiterzugsquote: 7.9%).

Mit Urteil vom 30. April 2004 wies das Eidgenössische Versicherungsgericht eine *Verwaltungsgerichtsbeschwerde* gegen den Entscheid des Schiedsgerichts nach KVG des Kantons Schwyz ab. Das Schiedsgericht, das sich aus dem Kantonsgerichtspräsidenten und paritätisch aus je einem Schiedsrichter der vom Regierungsrat gewählten Vertretungen der Versicherer und der betroffenen Leistungserbringer zusammensetzte, wurde per 1. Januar 2004 durch das Verwaltungsgericht abgelöst (§ 52 der Gesundheitsverordnung; vgl. Vorjahresbericht S. 55).

Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Im Namen des Verwaltungsgerichts erstatten wir Ihnen gemäss §62 der Gerichtsordnung Bericht über die Geschäftstätigkeit im Jahre 2004.

Schwyz, im April 2005

Der Präsident des Verwaltungsgerichts
lic. iur. Werner Bruhin

1. Personelles

Auf das Ende der Amtsperiode 2000/2004 sind per 30. Juni 2004 Verwaltungsrichter Dr. med. Norbert Kamer und die Verwaltungsrichterinnen Margrith Gössi-Bohren und Dr. iur. Eveline Saupper aus dem Verwaltungsgericht zurückgetreten. Dr. Norbert Kamer wurde am 3. Dezember 1981 als erster Arzt ins Verwaltungsgericht gewählt. Er nahm Einsitz in die sozialversicherungsrechtliche Kammer (Kammer I) und war zudem dem Gericht ein wichtiger Berater bei der Behandlung der Beschwerden über den fürsorgerischen Freiheitsentzug. Insbesondere für das Verständnis, die Interpretation und Gewichtung ärztlicher Berichte und Gutachten war Dr. Kamer dem Gericht eine grosse Stütze.

Margrith Gössi-Bohren wurde im Juni 1988 ins Verwaltungsgericht gewählt. Anfänglich wirkte sie in der abgaberechtlichen Kammer (Kammer II) mit. Sie wechselte dann später in die sozialversicherungsrechtliche Kammer und wirkte ebenfalls bei der Behandlung der Beschwerden über den fürsorgerischen Freiheitsentzug mit. Als Verantwortliche für den administrativen Bereich eines KMU-Betriebes konnte sie wertvolle Erfahrungen aus dem Wirtschafts- und Arbeitsalltag in die gerichtliche Arbeit einbringen.

Im Sommer 1995 wählte der Kantonsrat mit Dr. Eveline Saupper eine ausgewiesene Steuerrechtsspezialistin ins Verwaltungsgericht. Ihre vielfältigen Erfahrungen aus dem Wirtschaftsleben und ihr Spezialwissen im komplexen und abstrakten Finanzwesen und Steuerrecht konnten in der abgaberechtlichen Kammer fruchtbar zum Tragen kommen.

Wir danken Dr. Norbert Kamer für seinen 22½-jährigen, Margrith Gössi für ihren 16-jährigen und Dr. Eveline Saupper für ihren 9-jährigen nebenamtlich und vorbildlich geleisteten Einsatz im Dienste der verwaltungsrechtlichen Rechtsprechung des Kantons Schwyz ganz herzlich.

Als Nachfolger für die drei Zurückgetretenen wählte der Kantonsrat am 24. Juni 2004 für die Amtsdauer 2004/2008 ins Verwaltungsgericht:

Dr. med. Beat Stoll, Rickenbach. Er ist der sozialversicherungsrechtlichen Kammer zugeteilt worden und wirkt bei der Beurteilung von FFE-Beschwerden mit.

Dr. oec. Andreas Risi, Pfäffikon, und Dr. iur. Frank Lampert, Immensee. Beide wurden der abgaberechtlichen Kammer zugeteilt und wirken zusätzlich alternierend in der sozialversicherungsrechtlichen Kammer mit. Dieser Doppelleinsatz in zwei Kammern wurde nötig, weil es die verfassungsrechtlich auf 7 Verwaltungsrichter (wovon 5 Nebenamtliche) begrenzte Richterzahl nicht erlaubt, die Gerichtskammern so zu besetzen, dass jeder der nebenamtlichen Richter nur einer einzigen Kammer als ordentlicher Richter zugeteilt werden kann.

Vier Praktikantinnen bzw. Praktikanten absolvierten ein Anwaltspraktikum von unterschiedlicher Dauer.

Um die organisatorischen Grundlagen für eine weiterhin funktionstüchtige kantonale Justiz zu schaffen (vgl. hiezu Rechenschaftsbericht 2003, S. 60), wäre es sehr sinnvoll, gleichzeitig mit der beschlossenen Volksabstimmung über die Unterstellung der Verfassung unter eine Totalrevision, eine Teilrevision der Justizverfassung der Volksabstimmung zu unterbreiten. Nachdem auch das Kantonsgericht dringende Revisionspostulate vorzuweisen hat, haben die beiden obersten kantonalen Gerichtspräsidenten dieses Begehren dem Regierungsrat am 21. März 2005 unterbreitet.

2. Schatzungskommissionen für Expropriationen

Mit der Revision der Gerichtsordnung vom 27. November 2003 (GO) wurde eine klare gesetzliche Regelung für die Aufsicht über die Schatzungskommissionen getroffen und das Verwaltungsgericht als Aufsichtsbehörde bestimmt, bzw. es wurde die bereits zuvor durch richterliche Lückenfüllung getroffene Regelung bestätigt (§ 63a GO). In § 64 Abs. 2 GO werden die Schatzungskommissionen verpflichtet, dem Verwaltungsgericht jährlich Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten. Die Schatzungskommissionen bzw. Schätzungskommissionen (die Schreibweise in der Vollzugsverordnung zum Enteignungsrecht und im PBG weicht von jener im Expropriationsgesetz und in der GO ab) haben vor allem folgende Aufgaben:

- Sie legen erstinstanzlich die Entschädigungen aus formeller und materieller Enteignung fest (§ 1 VV z. Enteignungsrecht);
- Sie entscheiden über Begehren um vorzeitige Besitzesergreifung (§ 2 VV z. Enteignungsrecht);
- Sie setzen die Entschädigung für die Mitbenützung privater Erschliessungsanlagen durch Dritte fest (§ 41 Abs. 3 Planungs- und Baugesetz).

Aus den Berichten der Schatzungskommissionen ergeben sich für das Jahr 2004 folgende Tätigkeiten:

	<i>Entscheide</i>	<i>Pendent</i>
Kantonale Schatzungskommission, 1. Kreis	0	0
Kantonale Schatzungskommission, 2. Kreis*	0	1
Schatzungskommission Bezirk Schwyz	0	1
Schatzungskommission Bezirk Gersau	0	0
Schatzungskommission Bezirk March*	0	0
Schatzungskommission Bezirk Einsiedeln*	1	1
Schatzungskommission Bezirk Küssnacht	0	0
Schatzungskommission Bezirk Höfe*	0	1
Total	1	4

Tabelle 10.01

*Die Bezirksräte der March, von Einsiedeln und der Höfe haben die Kantonale Schatzungskommission des 2. Kreises auch als ihre Schatzungskommission bestimmt. Die obige Aufstellung bestätigt die bereits im Rechenschaftsbericht 2002 gemachte Feststellung, wonach auf diesem Gebiet eine Überdotierung besteht, die es im Rahmen der Totalrevision des Expropriationsgesetzes zu korrigieren gilt.

3. Kantonales Schiedsgericht nach Art. 89 des Krankenversicherungsgesetzes

Mit der Inkraftsetzung der neuen Gesundheitsverordnung vom 16. Oktober 2002 auf den 1. Januar 2004 ist das Verwaltungsgericht als kantonales Schiedsgericht nach Art. 89 Krankenversicherungsgesetz (KVG) eingesetzt worden. Das kantonale Schiedsgericht entscheidet Streitigkeiten zwischen Versicherern und Leistungserbringern. Neben drei Verwaltungsrichtern gehören dem Schiedsgericht je eine Vertretung der jeweils beteiligten Versicherer und Leistungserbringer an, sodass das Schiedsgericht in Fünferbesetzung entscheidet. Das Schiedsgericht tagte einmal und beurteilte zwei Klagen von Versicherern gegen Leistungserbringer.

4. Geschäftsgang

Die drei Kammern des Verwaltungsgerichts traten im 30. Geschäftsjahr zu 46 Gerichtssitzungen zusammen. Zweimal tagte das Gesamtgericht. Die Gerichtskammern beurteilten 338 (Vorjahr 392) Beschwerden und Klagen, während 1 Fall durch das Gesamtgericht und 2 Fälle durch das Schiedsgericht entschieden wurden. 124 Fälle (Vorjahr 148) konnten durch Einzelrichterentscheid erledigt werden. Mit 465 hat die Anzahl der beurteilten Beschwerden und Klagen im Vergleich zum Vorjahr (541) abgenommen. Zurückzuführen ist dies auf einen

markanten Rückgang an Fällen auf dem Gebiet der Sozialversicherungen. Dieser Rückgang ist immer noch auf die Einführung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) auf den 1. Januar 2003 bzw. den sehr tiefen Pendenzenstand bei der Kammer I per Ende 2003 zurückzuführen. Dieser Prozess ist zwischenzeitlich abgeschlossen, und es zeichnet sich wieder ein gewisser Anstieg ab.

429 Beschwerden und Klagen (92.3%, im Vorjahr 83.7% aller Fälle) konnten in weniger als 6 Monaten entschieden werden. Bei jenen 36 Fällen (im Vorjahr 88), die länger als 6 Monate beanspruchten, hängt dies häufig damit zusammen, dass Urteile anderer Instanzen abzuwarten waren, medizinische Gutachten ausstehend waren oder der Schriftenwechsel erheblich Zeit beanspruchte.

Die Anzahl der am Ende des Jahres hängigen Fälle (115) ist im Vergleich zum Vorjahr (101) leicht angestiegen. Dies ist insbesondere auf die vielen Neueingänge gegen das Jahresende hin zurückzuführen (vgl. die Statistik: Am Jahresende hängige Fälle).

Der Rückgang an Fällen kann nicht mit einem Rückgang an Arbeitsaufwand gleichgesetzt werden. Dies erstens, weil durch ein Einspracheverfahren naturgemäss eher die einfacheren Fälle nicht mehr bis zum Verwaltungsgericht gelangen. Weiter ist zu beachten, dass der Rückgang an Fällen sich insbesondere auf jene Bereiche konzentrierte, bei denen der Arbeitsaufwand in der Regel eher unterdurchschnittlich ist (Arbeitslosenversicherung, AHV), während in besonders aufwändigen Bereichen (Unfallversicherung, Bau-, Planungs-, Umweltschutz-, Steuerrecht) eine Zunahme zu verzeichnen ist.

Von den Ende 2004 hängigen Fällen waren nur 20 (Vorjahr 22) älter als 4 Monate.

Verwaltungsgericht

Übersicht über die Gerichtssitzungen

	<i>ganztägige Sitzungen</i>	<i>halbtägige Sitzungen</i>	<i>Total</i>
Kammer I	10	2	12
Kammer II	5	6	11
Kammer III	13	10	23
Gesamtgericht		2	2
Schiedsgericht 89 KVG		1	1
Total	28	21	49

Tabelle 10.02

Gesamtübersicht

	<i>Kammer I</i>	<i>Kammer II</i>	<i>Kammer III</i>	<i>Total 2003</i>	<i>Total 2004</i>
Einzelrichterentscheide	15	9	100	148	124
Kammergerichtsentscheide	139	73	126	392	338
Gesamtgerichtsentscheide	–	1	–	1	1
Schiedsgericht 89 KVG	2				2
Total	156	83	226	541	465

Tabelle 10.03

Pendenzen Ende 2004

	<i>Kammer I</i>	<i>Kammer II</i>	<i>Kammer III</i>	<i>Total</i>
Eingänge vor 2004	0	1	5	6
Eingänge Jan.–Juni 2004	1	1	5	7
Eingänge Juli–Aug. 2004	2	2	3	7
Eingänge im Sept. 2004	9	2	2	13
Eingänge im Okt. 2004	8	0	8	16
Eingänge im Nov. 2004	15	7	5	27
Eingänge im Dez. 2004	16	4	19	39
Total	51	17	47	115

Tabelle 10.04

Einzelübersicht

Kammer I

Gegenstand

	<i>Einzelrichter- entscheide</i>	<i>Kammergerichtsentscheide + Gesamtgericht</i>	<i>Total 2003</i>	<i>Total 2004</i>
AHVG	–	8	27	8
Invalidenversicherung				
– Eingliederungsmassnahmen	3	10	7	13
– Renten	4	24	38	28
– übriges IV-Recht	–	7	15	7
IV insgesamt	7	41	60	48
– Ergänzungsleistungen	3	7	15	10
– Familien- und Kinderzulagen	–	–	2	–
– Krankenversicherung und Prämienverbilligung/Versicherungs- vertragsgesetz	–	14	15	14
– Unfallversicherung	1	35	34	36
– Arbeitslosenversicherung	3	21	42	24
– berufliche Vorsorge	2	10	20	12
– Erwerbsersatzordnung (EOG)	–	–	1	–
– Militärversicherung	–	1	1	1
– Registrierungsgesuche von Steuervertretern	–	6	9	6
Total	16	143	226*	159*

Tabelle 10.05

*Die Abweichungen in den Einzelübersichten gegenüber der Gesamtübersicht beruhen darauf, dass vereinzelt Fälle mehr als ein Rechtsgebiet betreffen. Bei den Aufstellungen über die Entscheidungsergebnisse ist dies damit zu erklären, dass vereinzelt beispielsweise eine teilweise Gutheissung mit einer Rückweisung zur Neubeurteilung kombiniert worden ist.

Verfahrendauer

	<i>Einzelrichter- entscheide</i>	<i>Kammergerichts- entscheide</i>	<i>Total 2003</i>	<i>Total 2004</i>
bis 1 Monat	6	11	28	17
1 bis 2 Monate	4	25	18	29
2 bis 4 Monate	5	78	67	83
4 bis 6 Monate	–	21	67	21

Verwaltungsgericht

6 Monate bis 1 Jahr	–	4	39	4
1 bis 2 Jahre	–	2	5	2
über 2 Jahre	–	-	1	-
Total	15	141	225	156

Tabelle 10.06

Entscheidungsergebnisse

	<i>Einzelrichter- entscheide</i>	<i>Kammergerichts- entscheide</i>	<i>Total 2003</i>	<i>Total 2004</i>
– Gutheissung (ganz oder teilweise)	1	43	81	44
– Abweisung/Nichteintreten	3	77	126	80
– Widerruf der angefochtenen Verfügung	10	–	9	10
– Rückweisung an die Verwaltung	–	20	24	20
– Rückzug des Rechtsmittels oder Gegenstandslosigkeit aus andern Gründen	2	3	11	5
Total	16	143	251*	159*

Tabelle 10.07

Kammer II

Gegenstand

	<i>Einzelrichter- entscheide</i>	<i>Kammergerichts- entscheide</i>	<i>Total 2003</i>	<i>Total 2004</i>
– Einkommens- und Vermögenssteuer (Staats- und Bundessteuern)	–	21	17	21
– Güterschätzungen	–	2	2	2
– Grundstückgewinnsteuer	1	4	–	5
– Ordnungsbussen	4	1	4	5
– Nach- und Strafsteuern	–	5	3	5
– Handänderungssteuer	1	5	2	6
– Perimeterbeiträge von Flur- und Wuhr- genossenschaften	–	2	2	2
– Kausalabgaben (Gebühren, Beiträge, Ersatzabgaben)	1	28	20	29
– Militärpflichtersatz	1	3	1	4
– andere öffentliche Abgaben und Verfahrensrecht	1	3	5	4
Total	9	74	56	83

Tabelle 10.08

Verwaltungsgericht

Verfahrensdauer

	<i>Einzelrichter- entscheide</i>	<i>Kammergerichts- entscheide</i>	<i>Total 2003</i>	<i>Total 2004</i>
bis 1 Monat	7	–	5	7
1 bis 2 Monate	1	7	7	8
2 bis 4 Monate	1	13	18	14
4 bis 6 Monate	–	36	8	36
6 Monate bis 1 Jahr	–	11	13	11
1 bis 2 Jahre	–	7	3	7
über 2 Jahre	–	–	2	–
Total	9	74	56	83

Tabelle 10.09

Entscheidungsergebnisse

	<i>Einzelrichter- entscheide</i>	<i>Kammergerichts- entscheide</i>	<i>Total 2003</i>	<i>Total 2004</i>
– Gutheissung (ganz oder teilweise)	–	21	26	21
– Abweisung/Nichteintreten	2	50	24	52
– Widerruf der angefochtenen Verfügung	–	–	2	–
– Rückweisung an die Verwaltung zur Neubeurteilung	–	5	10	5
– Rückzug des Rechtsmittels oder Gegen- standslosigkeit aus andern Gründen	8	–	4	8
Total	10	76	66*	86*

Tabelle 10.10

Kammer III

Gegenstand

	<i>Einzelrichter- entscheide</i>	<i>Kammergerichts- entscheide</i>	<i>Total 2003</i>	<i>Total 2004</i>
– Strassenverkehrsrecht (Administrativ- massnahmen)	30	33	68	63
– Wirtschaftspolizeirecht	–	–	3	–
– Bau- und Planungsrecht/Natur- und Heimatschutz/Umweltschutz	6	40	44	46
– ZGB (fürsorgerische Freiheitsentziehung, Kinderschutzmassnahmen, Vormund- schaftsrecht, Erbrecht)	23	14	53	37

Verwaltungsgericht

– GOG/Finanzhaushaltsgesetz/ Stimmrechtsbeschwerden	1	1	8	2
– Submissionsrecht	1	3	16	4
– Enteignungsrecht	–	1	–	1
– Vollstreckungsverfügungen	7	2	6	9
– Landwirtschaft/Forstwirtschaft	2	8	13	10
– Klageverfahren	1	3	2	4
– Strafvollzug	4	2	9	6
– Ausländerrecht	15	5	18	20
– öffentliches Dienstverhältnis	5	1	2	6
– Sozialhilfegesetz	1	5	2	6
– Kant. Staatskirchenrecht	–	–	1	–
– Gesundheitswesen	–	–	1	–
– Opferhilfegesetz	–	3	–	3
– Verfahrensrecht und Verschiedenes	4	7	14	11
Total	100	128	260*	228*

Tabelle 10.11

Verfahrensdauer

	<i>Einzelrichter- entscheide</i>	<i>Kammergerichts- entscheide</i>	<i>Total 2003</i>	<i>Total 2004</i>
bis 1 Monat	71	21	112	92
1 bis 2 Monate	17	21	30	38
2 bis 4 Monate	7	56	66	63
4 bis 6 Monate	5	16	28	21
6 Monate bis 1 Jahr	–	6	18	6
1 bis 2 Jahre	–	6	6	6
über 2 Jahre	–	–	–	–
Total	100	126	260	226

Tabelle 10.12

Entscheidungsergebnisse

	<i>Einzelrichter- entscheide</i>	<i>Kammergerichts- entscheide</i>	<i>Total 2003</i>	<i>Total 2004</i>
– Gutheissung (ganz oder teilweise)	18	28	63	46
– Abweisung/Nichteintreten	24	83	127	107
– Widerruf der angefochtenen Verfügung	13	–	17	13
– Rückweisung an die Verwaltung zur Neuurteilung	–	14	6	14
– Rückzug des Rechtsmittels oder Gegen- standslosigkeit aus andern Gründen	46	4	48	50
Total	101	129	261*	230*

Tabelle 10.13

5. Eidgenössische Rechtsmittelverfahren

Im Jahre 2004 wurde gegen Verwaltungsgerichtsentscheide 51 Mal ein Rechtsmittel ergriffen (im Vorjahr 60). 32 Verwaltungsgerichtsbeschwerden gingen ans Eidgenössische Versicherungsgericht in Luzern und 19 Rechtsmittel wurden beim Schweizerischen Bundesgericht in Lausanne eingereicht. In den meisten Fällen reichte das Verwaltungsgericht eine Vernehmlassung ein.

Das Schweizerische Bundesgericht in Lausanne beurteilte im Jahr 2004 13 Fälle, die sich auf Rechtsmittel bezogen, welche in den Jahren 2003 und 2004 beim Bundesgericht eingereicht worden waren. Alle 13 Beschwerden und Berufungsklagen wurden vollumfänglich abgewiesen.

Das Bundesgericht in Luzern (Eidgenössisches Versicherungsgericht) beurteilte im Berichtsjahr 32 Beschwerden, welche dort in den Jahren 2002–2004 eingegangen waren. 2 Beschwerden wurden ganz, 2 Beschwerden wurden teilweise gutgeheissen. 26 Beschwerden wurden abgewiesen, 1 zurückgezogen und 1 Beschwerde wurde zur ergänzenden Sachverhaltsabklärung an die Verwaltung zurückgewiesen.